

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzelle 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Der alte Meister *).

Ein alter Meister sitzt ergraut
Vor seiner Spindel an der Bank,
Und bang er in die Zukunft schaut.
Wie ist sein armes Herz so krank!

Die letzten Uhren sind gemacht,
Sein Drehbank steht fortan still;
Dess hält' er früher nie gedacht,
Daß es so unfer Schlaf will.

Schon höret er die Stimmen gellen
Von Ferne aus des Kessels Rauch,
Empor steht er zum Himmel schnellen
Vom hohen Schlot den schwarzen Rauch.

Und die Gesellen früh'rer Zeiten,
Nicht lustig mehr und frei und froh,
Sieh' durch die Werkstätt hin er schreitet
Im Wälderhaus von Behm und Stroh.

Da nach alter Räter Sitte
Man eh' gelebt nach bled'rem Brauch,
Weht heute durch des Volkes Mitte
Der Zeiten Stürme kalter Hauch.

O seid ein einig Volk von Brüdern,
Der Meister ruft es wehmutsvoll;
Denn nicht mit schönen Freiheitsliedern
Ring' man um unser Ständeswohl.

Ihr guten armen Uhrenmacher,
Reicht drum den Schreibern auch die Hand
Und seid doch keine Widersacher
Im Daseinskampf im Heimatland.

Wie die Sozialdemokratie die Jugend „erzieht“.

Mit größtem Eifer ist die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsorganisation an die Gewinnung der Jugend gegangen. Plandoll ist das Netz der Jugendausschüsse ausspannt. Jugendheime in guter Ausstattung öffnen ihre Räume. Ein besonderes Blatt, „Die Arbeiterjugend“, predigt in den Familien und auf den Arbeitsstätten die vita nova, das neue Leben für die Proletariatskinder. Was hören wir da von dem neuen Unterricht, von der neuen Erziehung? „Jugend und Bildung“ ist der erste Programmartikel in der ersten Nummer des ersten Jahrganges veröffentlicht. Da werden unter vielen andern auch die großen Fragen aufgeworfen, die bei uns auf den ersten Seiten des Katechismus mit tiefem Ernste gestellt werden: „Woher kommt der Mensch? Wohin geht er?“ Die Sozialdemokraten klagen die christliche Volksschule an: „Die Volksschule antwortet auf diese Fragen entweder gar nicht, oder sie hilft sich mit einigen Verlegenheitsausreden darüber hinweg, oder sie ruft die Religion als Mädchen für alles herbei.“ Die sozialdemokratischen Jugendbildner verdammen den bisherigen Schulbetrieb mit folgender hübscher Zensur: „Märchen, Dogmen und Gebetsformeln, teils wahr, teils konfus, in jedem Falle wissenschaftlich unwahr, sollen erziehen, was die Naturwissenschaft in der Volksschule nicht sagen darf.“

Nun, zur Entschädigung bietet die sozialdemokratische „Arbeiterjugend“ selbst ihren Lesern naturwissenschaftliche Aufklärung. Darunter gewiß vieles Gute und Sachgemäße, wie es auch in den bürgerlichen Jugendschriften geboten wird. Daneben kommen aber saftige Proben „naturwissenschaftlicher Anrempelung des christlichen Denkens und Glaubens. Das Erdbeben von Messina z. B. wird geschildert in seiner ganzen Schauerlichkeit — dann kommt die bekannte Freidenkerfrage: „Und da soll man noch an einen Vater im Himmel glauben?“ „Wirst deinen Glauben von dir, wage zu denken!“ Ja, ja, der betreffende Schreiber sollte wirklich einmal die Courage haben und es wagen, sich hineinzudenken in die Fun-

*) Entnommen aus den „Schwarzwälder Ruheloden“, Gedichtsammlung von Anton Weiser, Furtwangen. (Siehe Literarisches auf der letzten Seite der vorliegenden Nr.)

damentalgedanken des Christentums. Dann würde er finden, daß das Leben auf dieser Erde von Gott und dem Christen nicht etwa aufgefäht wird als eine Art kleintlichen Mietvertrags mit beiderseitigem Kündigungrecht bei eintretenden Widerwärtigkeiten.

Selbstverständlich, tiefergehende Aufklärung über religiöse Grundwahrheiten will die sozialdemokratische Jugendberziehung nicht, sondern nur verächtliches Wegwerfen derselben. So ruft sie in einem „Mahnwort an die Schulentlassenen“ (Nr. 5 1909) aus: „Ihr tut gut daran, wenn ihr diesen unnützen Ballast so bald wie möglich über Bord werft. . . Ich denke hier zunächst an den Religionsunterricht.“

Naturwissenschaftliche Aufklärung über die Herkunft des Menschen wird gegeben. Den halbwüchsigen Knaben und Mädchen wird gezeigt — mit Bildern — wie ähnlich im Mutterleibe sich doch Menschlein und Tierlein seien. Sie bekommen zum Beweis der Verwandtschaft und Abstammung, hübsch nebeneinander gemalt: ein Affenkindlein, ein Raizenkindlein und ein Menschenkindlein. Dazu gibt es einen Seitenhieb auf den Glauben. „Die Offenbarung kann darauf keine Antwort geben — die Entwicklungslehre vermag es.“ Und welche Entwicklungstheorie? etwa die von Vater Wasmann vertretene? Nein, man beruft sich auf den berühmten Professor Häckel in Jena, auf den unsterblich blamierten Lajenspieler mit Embryonenbildern. Nun ja, die arme sozialdemokratische Arbeiterjugend ist wehrlos dem betreffenden Artikel-schreiber preisgegeben.

Auf die Finger geklopft werden sollte solchen „Jugendbildnern“ von jenen soliden Elementen, die sich unverkennbar unter den Mitarbeitern des sozialdemokratischen Jugendblattes befinden und oft geradezu Vortreffliches leisten. Wer aber schweigt, macht sich mitschuldig an den Sünden gegen die Jugend.

Geradezu bodenlos unverschämt ist die 1. „Mainummer“ 1910. Ein sozialdemokratischer Familienvater, der einen Knaben oder Mädchen von ca. 16 bis 18 Jahren hat und noch etwas auf Ehre und Anstand hält, nehme diese Nummer in die Hand. Hand aufs Herz: Darf man der Phantasie unserer halbwüchsigen Knaben und Mädchen so etwas zuntuten? Da tanzt über die blumige Wiese ein Frauenzimmer, pudelnackt. Und ein weiteres großes Bild, ein sehr leicht belleidetetes tanzendes Paar, liefert die Illustration zu der „sprühend“ geschriebenen Einleitung.

Wollen die Sozialdemokraten auf diesem Wege eine Jugend erziehen, die das hält, was der Programmartikel so stolz ankündigt: „Ein dreifach Glück auf demjenigen jungen Proletarier, der an sich arbeitet, an seiner Fortbildung, an seinem Charakter.“

Nach den von uns angeführten Proben scheinen literarische Vögelinge mitzuarbeiten an der sozialdemokratischen Jugendberziehung. Wenn diese als Erzieher weiterwirtschaften dürfen, dann verhöhnen sie geradezu den ernstesten Satz in dem Manifest an die Knaben und Mädchen: „Euch zieren nicht die Laster und Zerstreuungen der „goldenen Jugend“, die im Genußleben heranwachsenden, einem Genußleben entgegen-taumelt.“

Zu dieser famosen sozialdemokratischen Jugendbildnerei zahlte im Jahre 1909 die Parteikasse einen Zuschuß von 10 599 Mk. und die Kasse der freien Gewerkschaften zahlte auch dazu, und zwar noch 2000 Mk. mehr als die Partei. Also 12 603 Mk. Gewerkschaftsgelder für eine solche „Erziehung“.

Diesen vergiftenden Bestrebungen gegenüber müssen wir im christlichen Lager alles daran setzen, um die Jugend für uns zu gewinnen und zu erhalten. Wir müssen dafür sorgen, daß der letzte jugendliche Arbeiter und Gehrling den konfessionellen Jugend-korporationen zugeführt wird, wo er die richtige religiös-jüdische Bildung und Erziehung genießt. Ferner müssen wir die jungen Leute unseres Standes frühzeitig in den christlichen Gewerkschaften organisieren, damit sie in den wirtschaftlichen Fragen einen Rückhalt haben und nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften in die Rehe geraten

Leider scheint man an manchen Stellen die hier vorliegende Gefahr zu unterschätzen. Unser christlicher Metallarbeiterverband hat ja jetzt einen Versuch gemacht, die Jugend unseres Berufes mehr wie bisher heranzuziehen. Da tauchen auch schon hier und da Besorgnisse, Hemmnungen und Gegenströmungen auf, wo man eigentlich Unterstützung erwarten sollte. Um allen Mißverständnissen und falschen Deutungen vorzubeugen, wollen wir nochmals ausdrücklich betonen: Die Notwendigkeit und Bedeutung der konfessionellen Jugendvereine erkennen wir rückhaltlos an. In ihr Arbeitsgebiet wollen wir mit unserer Jugendarbeit in keiner Weise übergreifen; unsere diesbezügliche Arbeit erstreckt sich ausschließlich auf das gewerkschaftliche Gebiet. Wir erstreben eine gegenseitig fördernde Was-senbrüderschaft mit den konfessionellen Jugendvereinen, gerade so, wie sie zwischen Arbeiter-, Knaben- und Gesellenvereinen auf der einen und den christlichen Gewerkschaften auf der andern Seite zum Nutzen beider Teile vorhanden ist. Und wie hier, so werden wir auch in der Jugendarbeit nachdrücklich dahin wirken, daß alle Mitglieder der gewerkschaftlichen Jugendabteilung auch den konfessionellen Korporationen zugeführt werden.

Wenn man uns bei diesen Bestrebungen noch Mißtrauen entgegenbringt und Hemmnisse bereitet, dann arbeitet man nur dem Gegner in die Hände, der sich die Vernichtung alles Christlichen zum Ziel gesetzt hat.

Zur Lage der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einem bedeutenden Industriezweig entwickelt. Während die Uhrenfabrikation früher hausindustriell betrieben wurde, sind in den letzten Jahrzehnten eine Reihe Großbetriebe entstanden, die die Uhren als Massenartikel herstellen. Im Württembergischen Schwarzwald sind eine Reihe sehr großer Betriebe, von denen einer zirka 8000 Arbeiter beschäftigt. Im Badischen Schwarzwald besteht ein halbes Duzend mittelgroßer Betriebe mit 200 bis 400 Arbeitern. Daneben dann noch eine Menge kleiner und kleinster Firmen bis herunter zum Motorbetrieb mit 10 bis 20 Arbeitern.

Der Warenumsatz wurde bis zum Jahre 1904 vom Handelskammersekretär Dr. A. Ruch auf 32 Mill. Mark geschätzt. Davon entfallen auf den Export in das Ausland etwa 19 Millionen, der Rest auf den Inlandsmarkt. Genaue Zahlen lassen sich bei der Eigenartigkeit der Industrie nicht feststellen. Sicher ist jedoch, daß die Produktion wie der Umsatz sich sehr um ein bedeutendes gehoben hat. Durch die Einführung der modernen Hilfsmittel der Technik ist es der Schwarzwälder Uhrenindustrie gelungen, sich einen Platz auf dem Weltmarkt zu erobern. Die früher bestehende französische und amerikanische Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt ist schon über ein Jahrzehnt vollständig verdrängt.

Die Gegenantwort des Auslandes bestand darin, daß es keine Zollschranken vielfach bedeutend verschärfte, um damit unserer Industrie den Absatzmarkt zu unterbinden. Dadurch sind der Schwarzwälder Uhrenindustrie auf dem Weltmarkt bedeutende Schwierigkeiten entstanden.

Rußland erhebt z. B. einen Wertzoll auf einzelne Artikel von 50 bis 100 Prozent des Wertes, Portugal und Amerika bis zu 40 Prozent. Frankreich erhebt für den Doppelzentner einen Zoll von 125 Fr., Italien 100 Lire, die Schweiz 50 bis 70 Fr., Oesterreich-Ungarn 260,10 Kr. usw.

England bietet als Freihandelsland noch ein günstiges Absatzgebiet und ist auch mit drei Viertel der gesamten Ausfuhr beteiligt. Diese teilweise sehr hohen Auslandszölle sind in den letzten Jahren noch verschiedentlich gesteigert worden. So hat Portugal beim Abschluß des letzten Handelsvertrages eine Erhöhung des schon vorher bestehenden 40 prozentigen Wertzolles durchgeführt.

Die Handelskammer Notwendig schrieb dazu: „Ob es nicht besser wäre, das Risiko eines vollständigen

Verlustes des portugiesischen Absatzes durch einen Zollkrieg auf sich zu nehmen." Frankreich bietet auch neue Schwierigkeiten, indem die Zollverwaltung den Bestimmungen eine ganz andere Auslegung gibt als früher. Amerika brachte nur für einen kleinen Teil von Uhren eine weitere Zollerhöhung. Dafür sind aber im neuen Tarif Bestimmungen enthalten, welche die Kennzeichnung der eingeführten Uhren vorschreiben. Der Name des Herstellungslandes soll auf dem Zifferblatt einer jeden eingeführten Uhr vermerkt sein. Man will damit bezwecken, daß das amerikanische Fabrikat den Vorzug erhält.

Die Zollpolitik verschiedener Länder ging noch darauf hinaus, die fertigen Uhren möglichst zu besteuern. Für die Uhrenbestandteile dagegen wurden niedrige Zollsätze angelegt. Das machten sich verschiedene Fabrikanten zu Nutzen, indem sie nur Uhrenbestandteile ausführten. Da, wo größere Absatzgebiete vorhanden waren, gründeten die Fabrikanten Filialen, in denen das Zusammensetzen der Uhren betrieben wurde. Die Arbeit in diesen Auslandsfilialen wurde anfangs nur von deutschen Arbeitern besorgt. Mit der Zeit wurden aber auch ausländische Hilfskräfte hinzugezogen und angelernt. Damit hatten diese Länder ihr Ziel erreicht, das dahin ging, der Uhrenindustrie Eingang in das eigene Land zu verschaffen. Das Ausland hatte nun gelernte Arbeiter, durch die es in der Lage war, als Konkurrent gegenüber Deutschland, wenigstens auf ihrem eigenen Markte, aufzutreten.

Wie weit es in dieser Beziehung schon gekommen ist, zeigen folgende Notizen, die im vergangenen Jahre durch eine Reihe von Tagesblättern gingen.

„(Konkurrenz für die Uhrenindustrie). Den Uhrenfabriken ist, wie das „E. v. W.“ meldet, seit einiger Zeit auch eine neue Konkurrenz in Rußland entstanden. Dort werden jetzt in den Gefängnissen Uhren nach amerikanischer Art von den Gefangenen zusammengeleitet. Die einzelnen Teile werden von Großhändlern waggontweise aus Deutschland bezogen und dann an die Gefängnisverwaltungen abgegeben, die das Zusammensetzen durch die Gefangenen spottbillig besorgen lassen. Im Warschauer Gefängnis ist sogar ein Schwarzwälder, ein gewisser Lauffer, früher in Schwemningen, als Werkführer angestellt, um die Leute anzulernen und die Arbeit zu überwachen. Die bis jetzt eingereichten Eingaben bezw. Beschwerden bei der russischen Regierung haben einen Erfolg noch nicht gehabt.

Zu der vor einiger Zeit durch die Presse gegen die Uhrenindustrie durch Rußland brocht, wird dem „Bill. Volksblatt“ u. a. geschrieben: „Es heißt in der früheren Meldung, daß die Bestandteile in Wagenladungen vom Schwarzwald bezogen und in Rußland in Buchhäusern zusammengesetzt werden.

Auf dieses läßt sich leider nur die kurze Antwort geben, daß einige Uhrenfabriken des Schwarzwaldes diese Konkurrenz selbst geschaffen haben, infolge der Gründung der ausländischen Filialen. Man mußte doch damals schon voraussehen, daß durch Einwirkung von Arbeitern im Auslande eine Verschleppung der Industrie die Folge sein muß.“

Daß eine solche gestaltete Konkurrenz von großem Nachteil für unsere heimische Industrie ist, liegt auf der Hand.

Dazu kam noch, daß eine höchst ungesunde Preispolitik von Seiten der Uhrenfabrikanten selbst be-

trieben wurde. Die Verkaufspreise, die ungesunde Konkurrenz trugen ihr möglichstes dazu bei, die Lage der Industrie zu verschlechtern. In welcher Weise die Preise für fertige Ware gefallen sind, zeigen folgende Angaben über die 4 Hauptsorten.

Jahr	Baby-Wedder Mt.	Zoller Mt.	Regul.-Wedder Mt.	Net.-Wedder Mt.
1884	4,75			
1888	3,75			
1889	—	6,70	6,80	
1893	2,00	4,80	4,75	2,00
1895	1,80—2,10	3,60—3,75	4,00—4,70	1,80—1,90
1901	1,60—1,80	2,90—3,25	4,00—4,20	1,60—1,80
1905	1,30—1,60	2,45—3,00	3,60—3,90	1,25—1,50

Verschiedentlich werden Versuche gemacht, dieser Misere abzuhelfen. In den neunziger Jahren traten die Amerikaner-, Schwarzwälder- und Massiluhrenfabrikanten zu einer Konvention zusammen. Diese erfreute sich jedoch nur eines kurzen Daseins. Durch die Vertragsbrüche einiger Mitglieder wurde die Konvention nach einigen Jahren gesprengt.

Anlässlich der Lohnbewegung des Jahres 1906 bildeten die Fabrikanten den Arbeitgeberverband der Uhrenindustrie. Man glaubte vielfach, daß dieser sich auch mit der Regelung der Preisfrage befassen würde. Das war aber nicht der Fall. Wie die Aussperrung vom Jahre 1907 zeigte, hat der Arbeitgeberverband lediglich den Zweck, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen.

In den letzten Krisenjahren war ein weiterer Rückgang der Verkaufspreise zu verzeichnen. Die Handelskammer Kottweil berichtete hierüber: „Die Verkaufspreise sind so zurückgegangen wie noch nie. Auch in früheren schlechten Zeiten wurde noch 10 Prozent mehr bezahlt für billigere Uhren als heute.“ Der Preis für Baby-Wedder ist bis auf 1 Mark heruntergeunken. Von diesen Mißständen wurden besonders die weniger kapitalkräftigen und kleineren Betriebe des Badischen Schwarzwaldes betroffen. Die Rentabilität mancher Werke ist daher in Frage gestellt. Ein besseres Verhältnis ist in der Schwesterindustrie Württembergs zu finden. Diese ist technisch weiter vorangeschritten und verfügt über größere Kapazitäten. Das zeigt schon ein Blick auf den Jahresabschluß der beiden größten Firmen, der in der Tagespresse wie folgt veröffentlicht wurde:

„Die Vereinigten Uhrenfabriken von Gebrüder Junghans und Thomas Haller A.-G. in Schramberg erzielen, lt. „Schw. Bot.“ einschließlich 95,662 Mt. (im Vorjahr 72,516 Mt.) Vortrag einen Reingewinn von 525,270 Mt. (im Vorjahr 530,056 Mt.) Der Aufsichtsrat schlägt bei 302,123 Mt. (im Vorjahr 311,152 Mt.) Abschreibungen 6 Proz. Dividende vor. Der Vortrag erhöht sich auf 97,693 Mt.“

„Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik. In der in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung wurden Abrechnung und Bilanz genehmigt und Entlastung erteilt. Nach Abschreibung von 6 Prozent auf Gebäude, 3 Prozent auf Neubauten, 15 Prozent auf Maschinen, Werkzeuge und Mobilien und 10 Proz. auf die elektrische Kraftanlage, zusammen 144 693,54 Mt. betragend (142 868,18 Mt. im Vorjahr) und nach Verteilung von 8 Prozent an die Aktionäre (7 Proz.) und Contienten für den Aufsichtsrat laut § 20 der Statuten wird der Rest des Reingewinnes von 26 022,78 Mt. als Saldo auf neue Rechnung vorgetragen. Sämtliche Beschlüsse erfolgten einstimmig.

Es waren 14 Aktionäre mit 1652 Stimmen erschienen bzw. vertreten.“

Diese beiden Firmen waren im Gegensatz zu den meisten anderen in der Lage, eine annehmbare Dividende (6 und 7 Prozent) zu verteilen, sowie arbeitsliche Abschreibungen zu machen. In ihrer Gesamtlage bietet jedoch das Schwarzwälder Uhrengewerbe das Bild einer hartbedrängten Industrie.

Statt aber mit allem Nachdruck auf die Beseitigung dieser Mißstände hinzuwirken, suchte man durch mehrfache Lohnreduzierungen der Arbeiter das Sinken der Verkaufspreise weit zu machen. Statt der Schmutzkonkurrenz in den eigenen Reihen einmal entgegenzuwirken, verschlechterte man die Lage der Arbeiter, oder setzte ihrem berechtigten Streben nach Verbesserung der Existenzbedingungen ein schroffes „Nein“ entgegen. Wir geben der Handelskammer Kottweil vollständig recht, wenn sie schreibt: „Eine Wiedererhöhung der Verkaufspreise erscheint umso notwendiger wie je.“ Wenn der Bericht weiter aber von der „aufwärtsstrebenden Entwicklung der Arbeiterlöhne“ schreibt, so können wir sagen, daß die Arbeiterschaft sehr wenig davon gespürt hat. An manchen Orten war das Gegenteil der Fall. Dagegen haben die Arbeiter die ebenfalls angeführte Teuerung der Lebenshaltung sehr wohl gespürt. Mit dem vollsten Rechte können sie sich deshalb auf die Notwendigkeit einer Lohnreduzierung berufen.

Eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Uhrenarbeiter läge aber auch im Interesse der Unternehmer selbst. Dadurch könnte der Schmutzkonkurrenz ein wirksames Mittel entgegengesetzt werden. Denn diese wird meistens auf Kosten der Arbeiter betrieben. Eine tarifliche Regelung wäre das beste Mittel, um das zu erreichen.

Wenn es aber möglich war, die Schäden der Industrie und die Folgen der Krise auf die Arbeiterschaft abzumwälzen, in der Gestalt von Lohnreduzierungen, Arbeiterentlassungen usw., so liegt lediglich die Schuld bei den berechtigten Arbeitern selbst. Viele haben es nicht für notwendig gehalten, sich der Organisation anzuschließen. Widerstandlos haben sie die Verschlechterungen, die Schikanen über sich ergehen lassen. Diese Arbeiter wollten sich nicht zu den Opfern des Jammers der Verbundbeiträge aufhängen. Sparen wollten sie ihn. Ihre Lage beweist aber, daß sie ein schlechtes Geschäft damit gemacht, an solchen Orte geschpart haben. Diese Kollegen haben kein Mittel in der Hand, eine Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren. Durch ihr Fernbleiben von der Organisation verhindern sie ein Aufsteigen der gesamten Arbeiterschaft.

Seit Jahren bemüht sich der christliche Metallarbeiterverband um die Verbesserung der Lage der bedrängten Uhrenarbeiter. Seit Jahren kämpfen schon eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen als Mitglieder unseres Verbandes um die Hebung ihrer Existenzbedingungen. In ihre Reihen einzutreten sollte Ehrensache eines jeden Arbeiters sein.

Auch die Uhrenarbeiter auf den Höhen des Schwarzwaldes können mit der Handelskammer in Kottweil in den Ruf einstimmen: „Eine Erhöhung der Verkaufspreise (in diesem Falle unserer Arbeitskraft) erscheint umso notwendiger wie je.“

Wenn das eintreten soll, so muß die Arbeiterschaft sich mehr als bisher dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen. Dann wird die Arbeiterschaft wie auch die Industrie einer besseren Zukunft entgegenzusehen.

Drehbankwerkzeuge aus Diamant.

(Nachdruck verboten).

ATK. Der Diamant ist der härteste aller Stoffe und unter „10“ der Härtesten verzeichnet. Der nächsthärteste ist der Rubin, der mit „9“ verzeichnet ist; aber der Härtenunterschied dieser Steine ist dennoch so groß, daß sie in dieser Beziehung im Vergleich mit einander wie gehärteter Stahl und Zinn stehen. Der am meisten gebrauchte und sich für mechanische Zwecke am besten eignende Diamant ist der schwarze oder unreine, farbige, der nur in Brasilien gefunden wird und auch nur dort in der Bahia-Provinz. Wegen der ausgedehnten Verwendung des schwarzen Diamanten für Industriezwecke wurde sein Preis seitens des Syndikats, das den Diamantenmarkt kontrolliert, erhöht, sodaß nun sein Detailverkaufspreis ungefähr 160 Mt. pro Karat beträgt oder etwas mehr als der Preis der kleinen weißen Diamanten. Obgleich der weiße Diamant härter ist, als der schwarze, eignet er sich nicht so gut für mechanische Zwecke, da er genau bestimmte Epastlinien hat und sehr leicht längs diesen entzwei geht, wenn er besonderem starkem Druck unterliegt. Der schwarze Diamant ist unregelmäßig in seinem Gefüge, daher als Schneidwerkzeug dauerhaft, obgleich er etwas weicher ist.

Das richtige Einsetzen eines schwarzen Diamanten ist eine Kunst und das Formen und Schneiden der Schneidwerkzeuge ein sogenanntes Geschäftsgeheimnis, da das Schleifverfahren für weiße Diamanten sich für die unregelmäßige Sorte nicht eignet. Letzteres, zusammen mit den hohen Erstkosten, hat natürlich den Gebrauch der aus Diamanten hergestellten Werkzeuge in den meisten Fällen

auf ganz besondere Vorgänge beschränkt. Daher waren wir nicht wenig überrascht beim Besuch einer Werkstätte, die sich der Herstellung gewisser Spezialitäten widmet, die gewöhnliche Verwendung von Diamant-Werkzeugen als Vollenndungs-Werkzeug an Drehbänken, Bohrmaschinen und anderen Maschinen zu sehen. Wegen der Werkstattpolitik können wir leider keinen besonderen Bericht über das Thema geben, sondern nur eine flüchtige Aufstellung der Anwendbarkeit dieser Werkzeuge.

Der in der erwähnten Werkstätte hergestellte Apparat ist von einer solchen Art, daß er ganz außerordentlich genau arbeitet, dennoch aber zu einem annehmbaren Preis verkauft werden kann. Die zu seiner Herstellung verwendeten Materialien schließen Hartgummi ein, der maschinell zu bearbeiten ist. Für diejenigen, die mit den Eigenschaften dieses scheinbar leicht verarbeitbaren Materials nicht vertraut sind, wird es wahrscheinlich etwas Neues sein, zu hören, daß es einer der schwierigsten mit Stahlwerkzeugen zu bearbeitenden Stoffe ist. In der Tat, es ist unmöglich, genaue Arbeit mit einem Werkzeug zu leisten, das weniger hart ist als der Diamant. Dies war es z. B., was hier dem Obermeister die ausgezeichnete Gelegenheit gab, Diamantwerkzeuge auch an den verschiedensten Metallen anzuwenden und in aller Stille große Versuche mit höchstem Erfolge auszuführen.

Gegenstände aus Messing werden zuerst mittels gewöhnlicher Stahlwerkzeuge grob gebohrt oder abgedreht, worauf sie die eigentliche Größe durch einen richtig eingeleigten und geformten Diamanten auf verschiedenen Maschinen erhalten. Die hierdurch erzeugten Oberflächen sind wunderbar glatt und genau, was bei Messing, besonders einigen Sorten, äußerst schwierig zu erreichen ist.

Eisenerne Zylinder, vielleicht 250 mm im Durchmesser und 660 mm lang, werden mit einer sogenannten „Tolleranz“ von nur 0,006 bis 0,012 vom Parallellismus gebohrt. Natürlich kann man solche Ergebnisse auch durch gewöhnliche Werkzeuge erzielen, aber nur auf Kosten großer Sorgfalt und Aufmerksamkeit und mit ständiger Ungewißheit, wieviel Versuche nötig sein werden, solch perfektes Verhältnis zustande zu bringen. Mit den Diamant-Werkzeugen jedoch — und besonders beim Bohren von Zylindern — besteht diese Ungewißheit nicht. Ein Schnitt durch den Zylinder kam mit vollkommener Sicherheit gemacht werden, der, soweit das Werkzeug in Betracht kommt, den Anfangsdurchmesser der Bohrung durchweg behält.

Bei Werkzeugen für Revolver-Drehbänke erspart die große Genauigkeit der Arbeitsstücke wegen der Freiheit von Abnutzung der Werkzeuge dem Wertmeister viel Arbeit und ermöglicht eine genaue monatliche Wiederholung monatlang, fast ohne irgendwelche Aufmerksamkeit.

Diesen Verdiensten stehen die Nachteile der hohen Erstkosten, Möglichkeit des Brechens oder Verlorengehens und der Schwierigkeit, richtige Formen zu erhalten, gegen über.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten scheint es, nach dem, was der Schreiber selbst gesehen hat, und nach dem, was ihm gesagt wurde, augenscheinlich, daß Diamant-Werkzeuge dazu bestimmt sind, künftig einen wichtigen Teil beim Maschinenbau-Werkstatt-Verfahren zu bilden. Gegenwärtig aber scheint der Markt nur mangelhaft versehen, da es nur wenig Händler gibt, welche die betreffenden Verhältnisse zu schätzen wissen oder sich die Mühe machen, sich zu versichern, wie sie sind.

Dr. R. Gr.

Forderungen des Tages.

Unter dieser Ueberschrift bringt der Nachener „Volkshilf“ vom 10. September einen beachtenswerten Artikel, der sich mit der letzten Vergangenheit und heutigen Situation in der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß es eine Zeit gab, wo es als Modesache galt, sich mit sozialen Dingen zu beschäftigen. Für gewisse gebildete Kreise habe es einen besonderen Reiz gehabt, sich mit der elenden Lage der arbeitenden Klassen zu befassen. Charitas! sei die Losung geworden. Fern gelegen habe aber den meisten in dieser Art sozial Interessierten der Gedanke, die Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Dann heißt es weiter:

Auch das kam, als die ersten Sozialreformer, unter dem Druck der vielgepaltenen Bedürfnisse, im Reich zur Schaffung unserer Versicherungsgesetzgebung schritten, die Arbeiter zur Mitarbeit beriefen in den Krankenkassen, bei den Schiedsgerichten, Berufsvereinigungen.

Der Verfasser weist dann hin auf die energiefähige Betätigung katholischer Sozialpolitiker und fährt fort: Diese fand um so mehr Schüler im katholischen Merus und Volk. Pastor Eißler ging in die gleiche Schule, H. Weber und Naumann nahmen prononciert Stellung, wegweisend, führend in ihrer Art. „Christlich-sozial ist Unsinn“, dieses scharfe Urteil von hoher Stelle mag bei evangelischen Theologen hemmend gewirkt, sehr gut Teil dazu beigetragen haben, daß Eißler verhältnismäßig einsam blieb unter seinen Amtsbrüdern. Hatte man bisher die Hilfe durch das Gesetz in den Vordergrund gestellt, so ging bald die katholische Geistlichkeit an die Schulung der Arbeiter selbst. Einsichtige Laien halfen, der Volksverein für das kathol. Deutschland entwickelte sich zum sozialen Führer auf dem Neuland. Weil bisher die Arbeiterbewegung lediglich sozialistischen Anstrich gehabt hatte, traute man eben deshalb einer selbständigen Arbeiterbewegung nicht über den Weg. Das wurde jetzt anders.

Als man die christlichen Arbeiterführer hörte, ging manchem ein Licht auf, daß Arbeiterinteressenvertretung und Sozialismus oder Anarchismus nicht ein und daselbe sei, daß nicht jedem Reformbestreben der „Subergeruch der Revolution“ anlebe. Daneben mochte auch der Wille einsehen, daß eine auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehende Arbeiterbewegung in nationaler, wirtschaftspolitischer und auch religiöser Beziehung für die Gesamtheit von weittragender Bedeutung sei. Posadowsky kam, der „Staatssekretär für Sozialpolitik“. Ein Name, ein Programm! Bürokraten knüpften ihre geschlossenen Netze auf, Scharfmacher gingen in eine neue Schule. Auch im evangelischen Volksteil mehren sich die Sympathie für gemeinsame Arbeit in den interkonfessionellen Gewerkschaften.

Klarer hoben sich für den strebsamen Teil der handarbeitenden Klasse allmählich die Ziele, Vergesslichkeit ragten und schienen erreichbar, nachdem die ersten Hügel überstiegen waren. „Einordnung der Arbeiter als vollberechtigte wie verpflichtete Mitglieder in die bestehende Gesellschaft“, so hieß es klar und bestimmt; — Frucht vom Baume der Erkenntnis, gepflanzt in Unterrichtskursen der Arbeitervereine, gezogen aus den gewerkschaftlichen Erfolgen. — Hier und da mochte die Forderung ungeschickt vertreten, die Worte nicht immer recht abgemäht worden sein. Kinderkrankheiten, wie jede junge Bewegung sie durchmacht! Und dann: der Arbeiter bewegt sich nicht im abrundenden Saal der „Gesellschaft“, er haust unter dem Brausen der Maschinen in Grube, Bergwerk und Kanal; die Abgeschliffenheit der Form ist ihm oft nicht gegeben; rauhe Schale, wenn der Kern auch gesund.

Gemut, einzelne feinsinnige Naturen fühlten sich durch reine Außerlichkeiten zurückgestoßen, andere fürchteten ein schlimmes Ende für eine Bewegung, die solche „Entgleisungen“ mit sich brachte. Man vergaß, daß unter 1000 Arbeitern häufiger ein Mißgriff in die Erscheinung tritt als unter 10 Fabrikanten; daß bei der großen Masse trotz bestem Willen und aller Selbsterziehungsbereitschaft die Reife nicht von heute auf morgen eintritt. Ein dritter Teil, dem die Arbeiterbewegung nur als Sprungbrett für Mandat, Redaktionsposten, Gewerkschaftsbeamte usw. dienen sollte, zog sich zurück, da er sah, daß aus dem Stande selbst die Führer der christlichen Arbeiter geboren wurden. Nicht schade drum. — Jetzt hielten die Scharfmacher a la Kirdorf und Tille nicht mehr zurück. Man zitierte ein Wort von der „gefüllten Kompostschüssel“; war's auch vielleicht nicht gefallen, es wurde begierig aufgegriffen, tat seine Dienste. Die „Disziplin in unseren modernen Betrieben ist gefährdet, die Ordnung ist untergraben!“ Wer prüft die Berechtigung der Klage, da doch gewichtige Industrielle es behaupten? Und doch bezweifelt kein Mensch, daß es in unseren konstitutionell regierten Staaten mindestens so diszipliniert und ordentlich hergeht wie in den vormärzlichen absoluten. „Wir wollen Herren im Hause bleiben.“ Klang's kategorisch und doch bestreitet kein Mensch, daß der Vater doch der Hausherr ist, wenn er auch hier und da auf das vernünftige Wort seiner erwachsenen Söhne hört, die doch selber ein Interesse haben an dem Blühen des Hauses.

Mein schon solch geschichtliche Erinnerungen und nahe liegenden Vergleiche sollten die Ueberlegung nahe bringen, ob es nicht möglich wäre, eine Form der Fabrikdisziplin zu finden, die ebenso der wachsenden Selbständigkeit und Erkenntnis der handarbeitenden Klassen wie dem Fortschreiten der Industrie entspricht.

Diese Ueberlegung würde bald die soziale Müdigkeit der gebildeten Stände überwinden und die soziale Entfremdung, die erschreckend wächst, zurückdrängen.

Es gibt noch andere Gründe, die mehr außerhalb der Sache liegen, für die unbestreitbare Tatsache, daß das Interesse für Sozialreform sank. Die Blockzeit kam. Der „Graf im Barte“ ging. Er nahm viel freudig hoffen mit. Manah vorher lobende Feuer wurden zum flackernden Nachtlämpchen. — Parteiganz, politische Verklüftung, neue Gruppierungen. Ueber all das wurde die soziale Weiterarbeit vergessen. Doch nein, im Parlament zwang die eiserne Notwendigkeit dazu. Die Gewerbeordnungsnovelle kam, der Beiratsentwurf für Arbeiterinnen wurde festgelegt, das Stellenvermittlungsgesetz wurde geschaffen. Sind die breiten Massen darüber orientiert? Wer spricht von der Sicherung der Bauforderungen, den Paragraphen gegen unlauteren Wettbewerb? Alles ging für die Mehrheiten unter in dem Darm um die Reichsfinanzreform, in der Komödie um das Wahlrecht, in dem Geschrei über den schwarzen Block. Selbst die Sauregurkenzeit konnte nicht für soziale Aufklärungsarbeit über das geschaffene Neue benutzt werden, der Erzhlutarmummel hinderte daran, Schopenh-Berlin-Trier verschlingt heute noch ganze Spalten.

Da kommt die deutsche Gewerkschaftsstatistik gerade zur rechten Zeit mit ihrer Uebersicht über das Jahr 1909.

Im Anschluß hieran werden die Zahlen der einzelnen Richtungen angeführt und folgende Schlussfolgerungen daraus gezogen:

Gewiß ist für die Vertreter der christlichen Sozialreform die sozialdemokratische Verhegung und Agitation nicht das Motiv sozialen Strebens. Wir treiben Sozialreform nicht der Sozialdemokratie halber, sondern aus Pflichtgefühl, aus dem Gesichtspunkte religiöser Ueberzeugung und nationaler Notwendigkeit heraus. Aber trotzdem muß auch dem Oberflächlichen sich angesichts solcher Zahlen und Tabellen die Frage aufdrängen: Können wir einer derartigen Entwicklung noch still zusehen? Dürfen wir gleichgültig „Vornehm“ bei Seite stehen? Ist es im Interesse von Staat und Gesellschaft, daß wir im bürgerlichen Lager uns gegenseitig zerfleischen? Gewiß, der grundsätzliche Kampf im politischen Leben muß ausgefochten werden; aber wurde nicht einmal die Sozialpolitik als die Arena bezeichnet, wo es nur edlen Wettbewerb, kein Niedermachen gäbe? Wenn das wahr ist, dann dürfte man wohl endlich einmal zu ruhiger Betrachtung sozialer Notwendigkeiten zurückkehren. Und da erscheint es als erste Notwendigkeit, für die entschiedene Förderung der christlichen Organisationen auf allen Linien einzutreten. Daran haben die christlich denkenden Arbeiter das größte Interesse, welche die Gefahr eines sozialistischen Arbeitsmonopols in greifbarer Nähe sehen für manche Berufe. Daran sind die Unternehmer interessiert, wollen sie nicht zu einseitig abgeschlossenen Tarifen in absehbarer Zeit gedrängt werden. Das ist auch nicht gleichgültig für den Staat, wenn er nicht in Wäldern einer geschlossenen sozialistischen Arbeitererschaft entgegen stehen will.

Es ist Zeit, daß von Arbeiterseite mit aller Entschiedenheit betont wird: Wir sind es müde, daß unsere ureigensten Interessen Schaden leiden unter dem ewigen Kampf. Wir fordern von allen Parteien und Zeitungen, daß die soziale Reform und Aufklärungsarbeit nicht leide unter den unfruchtbaren Parteizänkereien. Für die Zentrumspreise bedarf es im allgemeinen dieser Erwägungen u. Mahnungen nicht. Aber auch da müssen wir sagen: Die Arbeiter haben genug der „Schopenh“ bis zum Ueberdruß „Der Lin-Trier“ genossen. Gewiß, die Sache ist wichtig für den Bestand der Partei. Aber die Klarheit ist da für die, die sie haben wollen. Und dann: man möge doch die paar Deutchen sich selbst überlassen. Der Unterschied zwischen den Herren Fleischer-Journelle und Kaufmann-Schoppen, oder sollen wir sagen: der Graf in Schaafgottsch ist groß genug, daß sie sich selbst zerfleischen werden. Man überlasse die Phantasten einmal sich selbst, und wenn alles nicht reine Mache ist, wird sich bei ihnen schon das Wort bestätigen: „Die Füße derer, die ihn begraben, stehen vor der Türe.“

Gehört Berlin-Trier nicht zu den verstockten Sündern, die der erkannten Wahrheit widerstreben, dann müssen ihnen die neuen gewerkschaftlichen Ziffern die Augen öffnen, ihnen sagen: wir gehören mit den Gewerkschaften in eine Schlachtreihe.

Für den Nachener Bezirk bietet sich eine verhältnismäßig leichte Arbeit. Da ist heute noch nicht die Sozialdemokratie in der Mehrheit, da sind noch Tausende zu gewinnen. Es kann sich einen neuen Vorbeerb zu dem alten erwerben, daß dort zuerst Gewerkschaften christlicher Richtung geschaffen wurden, den Vorbeerb, daß die Härte der christlichen Gewerkschaften hier das rote Arbeitsmonopol verhinderte auch für andere Teile Deutschlands. Die Frage ist nicht: Sollen wir's? sondern der Entschluß heißt: Wir müssen! Soweit die Ausführungen im „Volkshilf“.

Möchten diese Mahnungen überall praktische Beherzigung finden. An vielen Stellen ist es höchste Zeit, den Ernst der Situation zu erkennen und demgemäß zu handeln.

Mein Kinderschutz.

Ist der Schutz von Leben und Gesundheit unserer Arbeiterschaft als sozialpolitische Maßnahme mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer Volksgesundheit und der Leistungsfähigkeit unserer Industrie von großer, allgemeiner Bedeutung, so trifft das im Besonderen auf den Schutz der jugendlichen Arbeitskraft, als dem Träger der künftigen Generation, zu. Dieser Erkenntnis ist auch das Kinderschutzgesetz vom 20. März 1903 entsprungen, das die gewerbliche Betätigung der Kinder außerhalb der Fabriken zu erfassen und in ihren Auswüchsen durch Beschränkungen zu bekämpfen sucht. Will man nun einen Ueberblick über die Durchführung dieses Kindergesetzes gewinnen, so ist man fast ausschließlich auf die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten als amtliche Quelle angewiesen. Die Angaben nun, die nach dieser Richtung hin wieder die preussischen Beamten in ihren Berichten für das Jahr 1909 machen, lassen erkennen, daß es hier noch viele Mißstände zu beseitigen gilt, und die gesetzlichen Maßnahmen noch lange nicht die Durchführung erfahren, die im Interesse ihrer Schutzbefohlenen wünschenswert wäre.

Ueber die Zumilderhandlungen gegen das Gesetz berichten die Beamten wieder in zahlreichen Fällen. Besonders häufig waren diese in den zum Landespollzeibezirk Berlin gehörigen Vororten, aus denen die Beamten mehrere besondere krasse Fälle mittellen. Die auf dem Gebiet der Kinderbeschäftigung zutage tretenden Mißstände sind nach dem Berichterstatter allem Anschein nach zum größten Teile darauf zurückzuführen, daß, sowohl den Eltern der Kinder als auch den Gewerbetreibenden die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes immer noch nicht genügend bekannt sind. Der für Charlottenburg zuständige Gewerbeinspektor hat deshalb veranlaßt, daß in den vorliegenden Gemeindevorständen ein von ihm verfaßter knapper übersichtlicher Auszug aus dem Gesetz an die Kinder verteilt wird, die gewerblich tätig sind, oder eine solche Beschäftigung übernehmen wollen. Es ist versucht worden, dieses Verfahren auch in den Berliner Gemeindevorständen einzuführen; bisher ließ sich indes die städtische Schuldeputation nicht dazu bereit finden. Sie hält es für ausreichend, wenn ihrer Anordnung gemäß eine Zusammenstellung dieser Bestimmungen im Konferenzzimmer jeder Gemeindevorstande aushängt.

Wie notwendig es aber ist, auf diesem Gebiete durchgreifend Wandel zu schaffen, geht auch aus den Bemerkungen hervor, die von den Klassenlehrern in den Verzeichnissen der gewerblich tätigen Kinder gemacht worden sind, die hier die Kreis- und Schulinspektoren jährlich dem zuständigen Gewerbeinspektor vorzulegen haben. Diese Bemerkungen über die Einwirkung der gewerblichen Tätigkeit auf die Kinder lauteten in zahlreichen Fällen: „bleibt zurück“, „ist schläfrig“, „ist matt, blutarm“, „zeigt eine auffällige Erschlaffung“, „Rückgang in den Leistungen“. Eine Beeinträchtigung des Fleißes und der Aufmerksamkeit oder der Regelmäßigkeit des Schulbesuches infolge der gewerblichen Tätigkeit konstatierte bei den Kindern auch der Gewerbeinspektor für den Reg.-Bez. Minden, infolgedessen eine Anzahl von Arbeitsstätten wieder eingezogen wurde. Zahlreiche Verstöße wurden für den Reg.-Bez. Düsseldorf für Duisburg mitgeteilt. Hier wurden nicht weniger wie 73 Personen mit Strafen belegt; in 24 Fällen erkannte das Gericht auf Geldstrafen, die zwischen 20 und 50 Mt. schwanken. Im übrigen bewährte sich im Düsseldorfer Reg.-Bez. das Zusammenarbeiten der Gewerbeaufsichtsbeamten mit der Schule und der Polizei auch im Vorjahre gut. Zahlreiche Gesetzesverstöße wurden hier mit Hilfe der eingereichten Schullisten ermittelt und, ohne daß die Interessen der Schule berührt wurden, abgestellt.

Unter den Mitteln, die geeignet sind, eine bessere Kenntnis der tatsächlichen Bestimmungen der Kinderschutzgesetze, sowie deren Durchführung herbeizuführen, kommen vornehmlich auch die Merkblätter in Betracht. Als solche wurden im Bezirk der Mindener Regierung seitens des Regierungspräsidenten den Ortspolizeibehörden Abdrücke einer übersichtlichen Zusammenstellung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes in Tabellenform zur Verteilung an ihre im Außendienst beschäftigten Beamten und an die Gendarmen übermiesen. Die eingegangenen Berichte lassen erkennen, daß die Durchführung des Gesetzes inzwischen wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die erwähnte Zusammenstellung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes ist seitens der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Mindener Regierung durch Vermittlung der Kreis- und Schulinspektoren auch sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen der Volksschulen des Bezirkes ausgehändigt worden, damit sie die Bestimmungen behufs Ueberwachung der gewerblichen Beschäftigung der Schulkinder stets be-

nen zu Hand haben. In Frankfurt a. O. gibt die Polizeiverwaltung jeder ausgestellten Arbeitskarte unentgeltlich zwei von dem dortigen Gewerbeinspektor entworfene Merkblätter mit, eins für den Arbeitgeber, eins für den gesetzlichen Vertreter des Kindes. Diese Merkblätter sind verschieden, je nach der vorliegenden Beschäftigung des Kindes und enthalten nur die Bestimmungen, die für dieses in Betracht kommen. Nach Ansicht der Polizeiverwaltung ist ein bedeutender Erfolg dieser Maßnahmen festzustellen, insofern, als die Zuwiderhandlungen gegen das erwähnte Gesetz erheblich zurückgegangen sind. Der Regierungspräsident hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, eine gleiche Maßnahme sämtlichen Polizeiverwaltungen zu empfehlen.

Muß nach alledem die Durchführung des Kinderschutzgesetzes im bisherigen Maße als unzulänglich bezeichnet werden, so steht auf der anderen Seite fest, daß eine solche ziemlich ausgeschlossen ist ohne die hilfreiche Mitwirkung der Schule. Deshalb gilt es, die Bande zwischen dieser und den Behörden möglichst eng zu knüpfen und den Lehrern durch Vorträge usw. die große Schädlichkeit der Kinderarbeit sowohl für die Kinder selbst als für das gesamte Volkswohl zur Anschauung zu bringen. Als ein wirksames Mittel, dem Gesetz mehr Geltung zu verschaffen, haben sich auch die von der organisierten Arbeiterschaft an einigen Orten bereits eingerichteten **Kinderbeschützkommissionen** erwiesen. Diese haben die Aufgabe, der Kinderbeschäftigung nicht bloß bei fremden Arbeitgebern nachzugehen, sondern auch namentlich bei den eigenen Eltern, da gerade diese es vielfach sind, welche die Bedeutung des Kinderschutzgesetzes nicht zu würdigen wissen und sich ohne Not als die schlimmsten Ausbeuter der Kinder erweisen. Eine Untersuchung der Frage, wie auch die Organe der Caritas nach dem Wink der solcher Kommissionen in den Dienst des Gesetzes gestellt werden können, dürfte wohl der Mühe wert sein!

Gewerkschaftliches.

Rüstungen

Die vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller angeordnete Rüstungsaussetzung muß naturgemäß die Arbeiter der Feuer- und Eisenindustrie anspornen um den geplanten Schlag möglichst parieren zu können. Im Lager der sozialdemokratischen Gewerkschaften wird denn auch eifrig geküßt. In einer ganzen Reihe von Ortsverbänden des deutschen Metallarbeiter-Verb. wurden Sympathieunterstützungen für die kämpfenden Werftarbeiter beschossen und die Bereitwilligkeit zur Zahlung von Extrabeiträgen erklärt. So u. a. in Hock, Frankfurt a. M., Neumünster, Essen, Köln. In Mannheim wurden in einer Resolution als geeignete Maßnahmen gegen die Pläne der Unternehmer folgende Vorschläge gemacht:

1. Alle Metallarbeiter leisten von jetzt an pro Woche einen obligatorischen Beitrag von 1 M.
2. Falls im Mannheimer Industriegebiet die angeordnete Schutzzeitige Aussetzung erfolgt, haben die übrigen 40 Prozent sofort ebenfalls ihre Kündigung einzureichen.
3. Für die ersten 14 Tage der Aussetzung verzichten die Ausgesperrten auf die ihnen zustehende Unterstützung.

Die Ortsverwaltung Berlin des sozialdemokr. Verbandes bewilligte zur Unterstützung der Werftarbeiter 250 000 Mark aus der Kassenkasse und befaßte sich mit einem Antrag, während des Kampfes den doppelten Wochenbeitrag zu erheben. Der Antrag wurde vorläufig noch zurückgestellt.

Tritt die allgemeine Ausperrung in Kraft, so muß zweifellos von den Metallarbeitern aller Richtungen eine ausnahmsweise Opferwilligkeit an den Tag gelegt werden. Unsere Ortsverwaltung Wachen hat, wie in Nr. 37 schon berichtet wurde, beim Zentralvorstand unseres Verbandes die Ausperrung von Extrabeiträgen für den Fall der Ausperrung angefordert. Das eine darf jedenfalls als feststehend vorausgesetzt werden, daß sich in solchen schweren Situationen die christlichen Metallarbeiter in der Opferwilligkeit von niemanden übertreffen lassen.

Die 3. Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes

tagte vom 11. bis 15. August in der alten Kaiserstadt Aachen. Aus dem reichhaltigen Geschäftsbericht haben wir schon in der vorigen Nummer die wesentlichsten Gesichtspunkte mitgeteilt. Eingeleitet wurde die Tagung mit einer zahlreich besuchten Versammlung der Delegierten, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaftsbewegung des Bezirks Aachen, zu der u. a. die Abgeordneten Sittard und Waden erschienen waren. Referate hielten die Kollegen Fischer-Mühlhausen i. E., Gütliche-Eberfeld und Stegerwald-Köln. Abg. Waden sprach den Arbeitern seine Sympathie aus. Kollege Schiffer dankte den Vertrauensleuten für die geleistete Arbeit und verbreitete sich über die Erfolge der christlichen Gewerkschaften.

Abends fand im Kurhaussaal eine glanzvolle Begrüßungsfeier statt. Namens der kgl. Regierung und im Auftrage des Regierungspräsidenten wünschte der Geh. Regierungs- und Gewerbe- rat Storp den Verhandlungen besten Erfolg. Dasselbe tat Beigeordneter Stögen namens der Stadt Aachen. Abg. Sittard sprach im Namen

der Abgeordneten Waden, Dr. Kaufmann, Klausener und Imbusch. Im Laufe der weiteren Verhandlungen erschienen noch die Herren Oberbürgermeister Weltman, der Vorsitzende der Aachener Zentrumspartei Justizrat Adams, Verbandssekretär Wehners vom Verbandsrat, Arbeitervereine Westdeutschland, sowie Vertreter der belgischen und holländischen christlichen Textilarbeiterorganisationen, die Ansprachen für ihre Korporationen hielten.

Am Montag hielt Generalsekretär Stegerwald (Köln) einen nahezu zweistündigen Vortrag über das Thema: „Die gewerkschaftspolitische Lage im allgemeinen und unsere Aufgaben in der nächsten Zeit“. Der Vorsitzende Schiffer (Düsseldorf) gab umfassende Erläuterungen und Ergänzungen zum Geschäftsbericht. Er empfahl die Annahme einer Resolution, in welcher eine gesunde Gewerkepolitik grundsätzlich bekräftigt und insbesondere die Produktion von Wolle und Baumwolle in den deutsch-afrikanischen Kolonien gewünscht wird. Nach Erstattung des Massenberichts beschäftigte sich der Verbandstag ausschließlich mit der Beratung über neue Agitationsmittel.

Beschlossen wurde zunächst, im bevorstehenden Herbst und Winter in sämtlichen Ortsgruppen eine besonders vorbereitete allgemeine Haus-, Fabrik- und Arbeitervereins- (Arbeiterinnenvereins-) Agitation durchzuführen. Das Verbandsorgan soll vom 1. Januar an stiftung erscheinen. Angenommen wurden weitere Anträge auf Förderung der Woll- und Baumwollproduktion in den deutschen Kolonien, Förderung der Konsumvereine, Einführung von Beamtentaxen, sowie Abänderung des Beitrags- und Unterstützungswezens. Als Zentralvorsitzender wurde Reichstagsabg. Schiffer wiedergewählt.

Zum Schluß hielten noch Vorträge der Redakteur des Textilsachorgans Heutmann über die Arbeiterinnenagitation und Dr. Sonnenschein (M.-Glabach) über die idealen Werte der christl. Gewerkschaftsbewegung. Der Zentralvorstand wurde ermächtigt, baldmöglichst eine Beamtin aus den Kreisen des Verbandes anzustellen und ein Arbeiterinnenblatt zu schaffen. Generalsekretär Stegerwald (Köln) hielt die Schlussrede, in welcher er die diesmalige Hauptversammlung als günstiger bezeichnete als die vor zwei Jahren in Augsburg. Hierauf wurde die Generalversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Der Deutsche (nationale) Gärtnerverband

hielt am 12. und 13. September in Berlin seine erste Generalversammlung ab. Als Vertreter des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm der Zentralvorsitzende des christlichen Arbeiterverbandes, Nienecker, an den Verhandlungen teil. Dem Bericht des Massenberichts über die siebenjährige Tätigkeit des Verbandes, den der Verbandsvorsitzende Banner (Berlin) erstattete, ist zu entnehmen, daß der Verband, wie jede junge Bewegung in den ersten Jahren, seines Bestehens große innere und äußere Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Nach dem Anschluß des Verbandes an die christlichen Gewerkschaften (1906) trat erst eine allmähliche innere Festigung und Stärkung ein. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1909 728 und stieg in diesem Jahre auf 847. In einer Reihe von Lohnbewegungen war der Verband in den letzten Jahren mit Erfolg beteiligt. Zur Klärung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Gärtner im Sinne der Unterstellung dieser unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung hat der Verband eine rege Tätigkeit entfaltet.

Die Hauptaufgaben des ersten Verbandstages war, die Grundlagen für eine finanzielle Stärkung durch Ausbau des Beitrags- und Unterstützungswezens herbeizuführen. Dieser Aufgabe ist die Generalversammlung gerecht geworden. Augustin (Dorn) referierte über die Organisation der Privatgärtner sowie über die Lehrlingsfrage im Gärtnerberufe. Der Verbandstag beurteilte die Sonderbestrebungen einiger neuerer Privatgärtnerverbände, und erblickt nur in einer einheitlichen Organisation aller Berufsgruppen eine ersprießliche Interessenvertretung der gesamten arbeitnehmenden Gärtnerschaft. Zur Lehrlingsfrage beschloß der Verbandstag, zum Zwecke der Förderung der fachlichen und sozialen Fortbildung des beruflichen Nachwuchses auch Lehrlinge gegen einen geringen Wochenbeitrag der Organisation zuzuführen. Zur Rechtsfrage wurde eine Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, baldigst Schritte zu tun, um eine Verständigung der beteiligten Organisationen zur weiteren Klärung und endlichen Lösung der Gärtnerrechtsfrage herbeizuführen. Bei der Neuwahl des Verbandsvorstandes wurde der bisherige Verbandsvorsitzende Banner einstimmig wiedergewählt.

Die Gelben (sogenannten „Vaterländischen“)

haben kürzlich wieder einmal von sich reden gemacht. In den Tagen vom 3. bis 5. September haben sie in Braunschweig einen sogenannten Kongreß abgehalten. Auf diesem Kongreß, auf dem angeblich 125 „vaterländische“ Bundesvereine mit 20 000 Mitgliedern vertreten sein sollten, wurden die Arbeiterinteressen nach dem gelben Muster vertreten. Ein Unternehmer-Syndikus Scheda hielt ein Referat, das darin gipfelte, die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung unzugestehen, um die Koalitionsfreiheit wieder aufzuheben. Daher ist es auch nicht weiter auffallend, wenn die nachfolgende Resolution einstimmige Annahme fand:

„Die Hauptversammlung des Bundes vaterländischer Arbeitervereine begrüßt es mit Genugtuung, daß die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen wieder aufgeworfen ist, sowohl seitens der Industriellen in Köln, als auch durch den Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkerkongreß zu Berlin. Auch die vaterländischen Arbeitervereine verlangen Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes, durch den die Willensfreiheit des Arbeiters in unerträglicher Weise beeinträchtigt und gegen den Willen des Gesetzgebers ein Koalitionszwang geschaffen wird. Der Vorstand des Bundes wird erucht, geeignete Gesetzesmaßnahmen, insbesondere auch das Verbot des Streikpostens zu beantragen. Ferner erucht die Vertreterversammlung den Vorstand, bei den Arbeit-

gebern zu beantragen, daß in den Arbeitsordnungen der Absch eingeschügt werde: Arbeiter, welche es unternehmen, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern oder sie während derselben zu belästigen, sind sofort zu entlassen, bezw. nicht wieder einzustellen.“

Wie man sieht, erheben die gelben Vereine in dieser Resolution Protest gegen die unerträgliche Beeinträchtigung der Willensfreiheit der Arbeiter durch den Koalitionszwang. Wenn doch diese komischen Figuren wüßten, wie lächerlich das jedem Menschen vorkommt, wenn sie von Willensfreiheit reden. Sind denn etwa die Resolutionen, die auf der Braunschweiger Tagung gefaßt worden sind, ein Produkt des freien Willens? Die Gelben haben dort nur das zum Ausdruck gebracht, was ihre Ökonomen und Protokollanten ihnen vordiktieren haben. Ferner verurteilen sie den Koalitionszwang. Wenn wir auch einen wirklichen Koalitionszwang niemals gutheißen können, so müssen wir aber doch die Frage aufwerfen: Was verstehen die Gelben unter Koalitionszwang? Sind sie doch selbst meistens durch Zwang in den gelben Sumpf hineingezogen worden, sei es durch den Druck seitens der Arbeitgeber oder auch seitens ihrer Beauftragten, wie es zur Genüge nachgewiesen werden kann.

Die Braunschweiger Tagung der sogenannten „vaterländischen“ Arbeitervereine hat wieder deutlich bewiesen, daß diese Vereine von Unternehmern zum Schutze der Unternehmerinteressen gegründet sind und dirigiert werden und daß sich die behauerten Mitglieder dieser Vereine als Werkzeuge gegen ihre eigenen und die Interessen ihres Standes mißbrauchen lassen.

Immer „brüderlich“!

In der letzten Nummer der sozialdemokratischen „Schmiede-Zeitung“ ist unter dem Stichwort „Loyalität“ folgendes zu lesen:

„Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes bringt in seinem Jahrbuch für 1909 eine Bemerkung über unsern Verband, die wir nicht stillschweigend hingehen lassen können. Im Anhang des Jahrbuches ist im Bericht des 4. Bezirks auf Seite 43 folgendes zu lesen:

„Es ist eine allbekannte Tatsache, daß der Schmiedeverband unter seinen Mitgliedern am wenigsten gelehrte Schmiede zählt und daß die Schmiedewerksleute hernehmen, wo sie sie nur bekommen können. Es kommt dieser Organisation nicht darauf an, Leute, die wegen Unterschlagung, Betrug und Fälschung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen worden sind, ohne weiteres aufzunehmen, und dieses nicht etwa aus Unkenntnis der Verhältnisse, sondern mit vollem Bewußtsein, weil sie in eingehender Weise über die Ursachen, die zum Ausschluß der Personen geführt haben, unterrichtet waren. Durch solche Fälle wird nicht nur das Ansehen einer einzelnen Organisation geschädigt, sondern das Ansehen der ganzen Arbeiterbewegung, indem man Betrügern und Fälschern noch einen Platz in den Reihen der organisierten Arbeiter einräumt.“

Gegen die unwarne Behauptung, daß der Schmiedeverband unter seinen Mitgliedern am wenigsten gelehrte Schmiede zählt, würden wir uns nicht wenden, weil sie zu albern ist und wir annehmen müssen, daß jeder vernünftige Mensch, der sich mit derartigen Sachen beschäftigt, wissen muß, daß dies eben nicht wahr ist. Die Veranlassung zu unserer Stellungnahme liegt aber in der weiteren Bemerkung, die in dem wiedergegebenen Wortlaut enthalten ist. Es ist uns einfach unerträglich, wie der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in seinem Jahrbuch eine solche durch nichts begründete allgemeine Beschimpfung eines anderen mit ihm auf gleicher Grundlage stehenden Verbandes aufnehmen konnte. Wir möchten annehmen, daß es nicht mit Absicht geschehen ist und erwarten von der Loyalität des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine diesbezügliche öffentliche Erklärung.

Der Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.“

Die hier zu Tage tretenden schroffen Gegensätze sind um so bemerkenswerter, da die Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverband bevorsteht. Man kann nun gespannt darauf sein, ob der sozialdemokratische Metallarbeiterverband seine schwerwiegenden Anschuldigungen mit Beweisen belegen oder zurücknehmen wird. Auf alle Fälle erstrahlt die rote „Brüderlichkeit“ wieder einmal im bengalischen Lichte.

Während der rote Metallarbeiter dem Bruder Schmied also vorwirft, daß er Betrüger und Fälscher mit offenen Armen in seinen Reihen aufnimmt, hält der sozialdemokratische Solinger „Stahlwarenarbeiter“ Nr. 35 an der Spitze des Blattes in Feitdruck dem Bruder Metallarbeiter folgendes Sittenbild vor:

„Arbeiter, merkt Euch!

Arbeitswillige können Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes werden, auch, wenn sie mit ihren Moral- und Ehrbegriffen so weit gekommen sind, um Streikleiter wegen angeblicher Bedrohung, die von einer hinreichenden Anzahl ehrenhafter Gegenzeugen bestritten wird, zu denunzieren.

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes als sich bedroht fühlende Arbeitswillige vor Gericht! Ein feines Bild! Wer hat nicht Lust, sich in Reih und Glied mit ihnen zu stellen??“

O, o, welche „Brüderlichkeit“? Bei so viel Linnrat im eigenen Haus sollten die sozialdemokratischen Väter sich hüten, über andere Leute den Sittenrichter zu spielen. Die rote Gesellschaftsordnung ist schon verfault, ehe der „Zukunftstaat“ errichtet ist.

Hirsch-Duncker'sche Oberflächlichkeit.

Das der „Regulator“, das Organ des Gewerkschaftsvereins der H.-D. Maschinenbauer und Metallarbeiter sehr mangelhaft und oberflächlich redigiert wird, ist schon längst bekannt; wir haben uns bisher aber nicht darum gekümmert, das ist in erster Linie Sache der H.-D. Mitglieder. Wenn der Regulator aber in der Polemik mit uns vollständig daneben tappt, und grundsätzliche Schlussfolgerungen darauf aufbaut, müssen wir seine Vollständigkeit doch festnageln. In seiner letzten Nr. (37) bringt er einen polemischen Artikel mit der Überschrift: „Noch einmal: Wer hat Recht?“ und bemerkt im Anschluß daran:

„In der Zwischenzeit hat bereits der christliche Metallarbeiterverband auf diesen Artikel, der im „Gewerkschaftsverein“ ebenfalls erschienen ist, geantwortet.“

Das ist gar nicht wahr. Die vom „Regulator“ hier angezogene Antwort bezieht sich auf einen Artikel in Nr. 70 des „Gewerkschaftsverein“ mit der Überschrift: „Theorie und Praxis bei den christlichen Gewerkschaften“, der sich zum so- und sozialsten Male mit dem Verhältnis zwischen kath. Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften beschäftigte. Auf dieselbe Sache hatten wir schon mehrmals (siehe die Nummern 20, 24 und 27) geantwortet, sodaß sich eine nochmalige sachliche Widerlegung erübrigte. Wir beschränken uns darauf, die aus dem Meid der Besitzlosen geborenen H.-D. Clownsprünge gebührend zu charakterisieren. Nun kommt der olle blinde Regulator, labet unsere Antwort auf eine falsche Karre — wobei wir annehmen, daß dies nur aus Oberflächlichkeit und nicht aus Bosheit geschehen ist — und behauptet mit ernsthafter Pose, wir hätten auf die H.-D. Schreibereien sachlich nichts zu erwidern gewußt. Wahrlich, der H.-D. Wirwar findet im Inhalt des Regulator seinen markantesten Ausdruck.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Kampf auf den Seeschiffswerften

Hat sich inzwischen weiter verschärft. Von etwaigen Annäherungsversuchen verlautet nichts, im Gegenteil scheint eine weitere Ausdehnung des Kampfes näher zu rücken. Am 14. September wußte die Tagespresse zu melden, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller am Donnerstag, den 22. ds. Mts. in Berlin zusammen treten und über eine eventl. allgemeine Aussperrung Beschl. fassen würde. Die Entscheidung steht also bevor und ist jedenfalls schon gefallen, wenn diese Nummer in die Hände der Mitglieder gelangt. Wenn nicht vorher schon eine Einigung gefunden wird, werden mehrere Hunderttausend Arbeiter der Gefahr der Existenzlosigkeit ausgesetzt sein.

Die Verantwortung für die Folgen dieser Ausdehnung des Kampfes haben die sozialdemokratischen Führer zu tragen, die in ihrem fanatischen Kleinherrenstolz die angebotenen Verhandlungen zum Scheitern brachten. Es scheint den sozialdemokratischen Führern auch schon vor diesen Folgen zu grauen, denn in ihrer letzten Nummer (38) schlussfolgert die „Metallarbeiter-Zeitung“ schon aus einem bestimmten Dementi des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, daß eine große Aussperrung überhaupt nicht kommen würde. Das wird sich nun in den nächsten Tagen herausstellen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ verwendet übrigens auch eine Unmasse Druckerchwärze, um die unverantwortliche, arbeiter-schädigende Taktik der „freien“ Strategen zu verdeutlichen. Sie mag aber so viel schreiben wie sie will, nach wie vor bleibt die Tatsache bestehen, daß die sozialdemokratischen Führer die von den Werkgebern angebotene Aussprache ablehnten aus Fanatismus und Intoleranz gegen nichtsozialdemokratische Organisationen, die an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Die „Met. Ztg.“ macht auch gar nicht einmal den Versuch, auf die selben als Hinderungsgrund anzuführen, — wie es z. B. im „Vorwärts“, „Hamburger Echo“ und der übrigen sozialdemokratischen Tagespresse geschah — nein, sie schimpft nur kräftig auf den „schwarzen“ Metallarbeiterverband und die „Hirsche“ und glaubt damit der Sache den richtigen Dreh gegeben zu haben. Um unseren Lesern eine Probe sozialdemokratischer „Sachlichkeit“ in der „Met. Ztg.“ zu geben, sei nachfolgende Stelle ihrer Schimpferei wörtlich wiedergegeben:

„Daß die Vertreter der Hirsche und der „Christlichen“ gierig nach dem Brocken schnappen, den die Werkgehaltigen ihnen hingeworfen haben, ist ja nicht verwunderlich. Nun können sie sich doch auch einmal widrig machen. Den Rekord an Unflätigkeit muß man allerdings dem Organ des schwarzen Metallarbeiterverbandes zuerkennen. Dieses Blatt macht sich in seiner Nr. 37 regelrecht zum Moniteur der Werkunternehmer. Dazu paßt dieses Aus-Arbeiterblatt recht gut.“

Von einer sachlichen Widerlegung unserer Ausführungen keine Silbe, nur Schimpfereien und Verleumdungen. Die lassen uns jedoch kalt. Ein Blatt, das nach dem Rheinfelder Streik den Scharfmachern erfolgreiche Handlangerdienste leistete und der Streikjustiz der „verfaulten bürgerlichen Gesellschaft“ in die Hände arbeitete, das den Staatsanwalt der „Klassenjustiz“ sogar öffentlich belobigte, ein solches „Arbeiter“-Blatt hat jegliches Recht verwirkt, andere

zu beschimpfen und zu verleumdern. Die hier abgeschossenen vergifteten Pfeile prallen auf den Schützen zurück. Die Interessen der Werkunternehmer haben nicht wir, sondern die sozialdemokratischen Führer mit ihrer tölpelhaften Taktik und fanatischen Unflätigkeit begünstigt. Und in unserer Abwehr und Kritik haben wir die — nicht nur von Unternehmern sondern von eigenen Standesgenossen — bedröhten Interessen der christlich organisierten Metallarbeiter verteidigt und vertreten. Wenn wir das mit besonderer Schärfe getan, so hatten wir dazu umso mehr Berechtigung, weil wir stets die Arbeiterinteressen über alles andere gestellt und auch den prinzipiellen Kampf nachweislich mit anständigen Mitteln geführt haben.

Zu der Kernfrage, ob die christliche und Hirsch-Duncker'sche Organisation zu den Verhandlungen zugelassen werden sollen, schweigt sich die „Met. Ztg.“ vollständig aus. Soffentlich werden die vernünftigen Elemente im sozialdemokratischen Lager soviel Einfluß gewinnen, um eine Wendung von dieser falschen Taktik herbeizuführen.

Jedem ehrlichen Arbeiter muß die größte Erbitterung aufsteigen, wenn er sieht, wie hier die leicht herbeizuführende Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter nur durch die fanatische Intoleranz der an Größtentum leidenden „Obergenossen“ in's Gegenteil verwandelt wurde; zum Gaudium der Scharfmacher im Unternehmerlager, die den Sozialdemokraten zum größten Dank verpflichtet sind.

Alle ehrlich denkenden und christlich-nationalgesinnten Arbeiter mögen aus diesen Vorlesungen wieder ersehen, wie notwendig eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung ist. Angesichts der drohenden Tiefenaussperrung müssen alle Kräfte in der Agitation angespannt werden, um unsere Reihen zu stärken und allen Gegnern ein Paroli bieten zu können.

Vorliegendes war schon in Sach gegeben, als uns nachstehende Meldung in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 38 vom 18. September) zu Gesicht kam:

„In seiner Sitzung vom 12. September d. J. hat der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschlossen, auf Donnerstag, den 22. d. M. eine Ausschusssitzung nach Berlin einzuberufen, die über die Gesamtaussperrung zugunsten der angegriffenen Seeschiffswerften Beschl. fassen soll.“

Diese Maßnahme bildet die Quittung auf die abermalige Ablehnung einer Verständigung mit den angegriffenen Werften und die Verantwortung des Sympathiestreiks durch Sympathieaussperrung. Bekanntlich halten die roten Führer es unter ihrer Würde, an den in Aussicht gestellten Beratungen auch die Vertreter der nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen teilnehmen zu lassen. Freilich hat der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes neuerdings der Gruppe Seeschiffswerften des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bekannt gegeben, daß er nunmehr bereit sei, seinen früheren Standpunkt insofern abzuändern, als er an einer weiterhin anzuberaumenden Besprechung die Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft und der christlichen Gewerkschaften teilnehmen lassen wolle, wogegen er nach wie vor auf dem Ausschluß der nationalen Arbeitervereinigungen bestehe. Es bleibt abzuwarten, ob die nichtsozialdemokratischen Arbeiterverbände nicht am Ende jetzt den Spieß umdrehen und erklären werden, daß sie ihrerseits keine Veranlassung haben, in Gemeinschaft mit denjenigen zu verhandeln, die ihnen schon in handgreiflicher Weise ihre Nichtachtung bezeugten.“

Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, hätten sich die verantwortlichen Führer im sozialdemokratischen Lager ja eines bessern besonnen und ihre bisherige Taktik geändert. Im Interesse der kämpfenden Arbeiter wie des Ansehens der ganzen Arbeiterbewegung ist das zu begrüßen. Was die Schlussbemerkung der Arbeiter-Zeitung anbelangt, so kann für den christlichen Metallarbeiterverband gesagt werden, daß ihm die Allgemein-Interessen höher stehen und in erster Linie für sein Verhalten maßgebend sind. Und diese Motive gebieten eine praktische Mitarbeit für den Fall gegenseitiger Verständigungsversuche, sodaß von einem Zurückziehen aus Verärgerung keine Rede sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Werkarbeiter. In folgenden Orten stehen die Werkarbeiter im Kampf: Hamburg, Bremen, Kiel, Bremerhaven, Begeack, Lübeck, Flensburg, Rostock, Stettin. Der Zugzug von Arbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusenbid (Hofeskamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Klempnern, Metallbrüchern und Schleifern ist fernzuhalten.

Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Nieder-rheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

Schw.-Gmünd. Die Gold- und Silberarbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

Essen-Muhr. Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streit zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

Elberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisensabrik, stehen im Streit.

Köln. Sämtliche Arbeiter der Firma Hammelrath u. Co. in Köln-Braunsfeld stehen wegen Akkordabzügen im Streit.

Köln. Sämtliche Arbeiter der „Mauser Eisenerwerke“ Blechballagen Fabrik in Köln Ehrenfeld stehen wegen fortgesetzten Lohnabzügen im Streit.

Reheim. Ueber die Firma Hubener & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zugzug von Metallbrüchern, Schloßern und Klempnern ist fernzuhalten.

Wormen. Die Former der Wuppertaler Eisengießerei haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Sundern bei Arnsberg i. W. Ueber die Firma Anton Drumberger ist die Sperre verhängt.

Sundern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

Hemscheid. Die Maschinenbauer und Hülfsarbeiter der Hemscheider Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. September 1910 der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. September bis 1. Oktober fällig.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen die Abrechnungsformulare für das III. Quartal und die Zahlkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik bei. Diese Formulare sind vom Empfänger umgehend dem Kassier der Ortsverwaltung zu übergeben.

Die beiliegende Broschüre „Stadtbauausstellung und Wohnungsfrage“ ist für die Bibliothek der Ortsverwaltung bestimmt und wird derselben mit 15 Pf. in Rechnung gestellt. Der Betrag ist bei der Abrechnung mit einzusenden. Ihres orientierenden Inhaltes wegen ist die Broschüre zur Verbreitung in Mitgliederkreisen sehr geeignet. Bestellungen sind an die Zentrale zu richten.

Dortmund. Das Mitgliedsbuch No. 117.828, lautend auf den Namen Eduard Böcker ist gestohlen worden und wird hiermit für ungültig erklärt. Falls dasselbe vorgezeigt werden sollte, ist das Buch abzunehmen und der Inhaber zur Anzeige zu bringen.

Düren. Das Mitgliedsbuch Nr. 41595, ausgehellt auf den Namen August Schmitz, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbanbe beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschrift sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hamm Westf. Die augenblickliche Werkarbeiteraussperrung, die ihre Schatten auch bereits auf die Metallindustrie wirft, sollte doch eigentlich für alle Kollegen das Signal zur größten Geschlossenheit und Einigkeit sein. Wenn hier und da Unternehmern versuchen einen Keil in die Arbeitererschaft zu treiben, die Arbeiter von der „Aupflosigkeit“ des Zusammenschlusses zu überzeugen, so ist das zwar zu erklären, aber entschieden zu verurteilen. Aber noch verwerflicher ist es, wenn Arbeiter selbst die geschlossene Ordnung des Verbandes stören und sich bemühen, die Kollegen unter sich uneis zu machen und auf diese Weise dem Unternehmer Handlangerdienste leisten. Solche Leute verdienen keine Schonung und müssen öffent-

Ach charakterisiert werden; damit man sie kennen lernt, und damit auch der Beschäftigte einseht, daß das unmöglich etwas Gutes sein kann, was solche Charaktere empfehlen. Würden solche Leute von allen richtig erkannt und eingeschätzt, dann würde es ihnen nicht gelingen, ihr Bestreben mit Erfolg zu betreiben.

Auch auf dem Drahtwerk Gb. Jocheder treibt ein solcher Mann sein Unwesen. Bernhard Hermsmeier ist sein Name. Es scheint ihm ein nicht geringes Vergnügen zu sein, die Kollegen gegen einander aufzuheizen und ihnen den Verband zu verfeindeln. Diese traurige Arbeit betreibt er mit solcher Hartnäckigkeit, daß man fast glauben soll, sie würde ihm mit klingender Münze bezahlt.

Wesß Geistes Kind dieser Mann ist, kann man an folgender Begebenheit unzweifelhaft erkennen: Vor längerer Zeit beschuldigte Hermsmeier einen Kollegen, er habe die Leute eines Betriebes beim Meißeln wegen Schnapscholens während der Arbeitsstunden benutzert. Unser Kollege bestritt dieses ganz entschieden. S. blieb bei seiner Beschuldigung. Hierauf ging der verdächtige Kollege zu dem betreffenden Meister, um sich Aufklärung zu verschaffen, und was mußte er da hören: „Gerade Hermsmeier ist es, der mir die Sache überbracht hat.“ „Hui, Teufel! Aber eine solche Bestimmung, denn es ist ausgeschlossen, daß S. sich von guten Motiven hat leiten lassen, um das Schnapschinken zu verhindern, denn er gehörte selbst zu den Besessenen. Diese Empörung mußte auch wohl den Meister überkommen haben, als er ihm die Mäße vom Gesicht riß, und so verhielt er, daß ein Unschuldiger als Denunziant angesehen wurde.“

Wenn schon der Denunziant der größte Schuft im ganzen Land, wie soll man dann den benennen, der Denunziationen betreibt und sie seinen Kollegen in die Schuhe schiebt. Denkende Arbeiter hören nicht auf das Gerede von Menschen, deren Worte und Taten sich widersprechen. Kollegen, laßt Euch nicht irren machen in Eurer treuen Anhänglichkeit an die Bestrebungen des Verbandes. Die Zeittage ist ernst, darum fest wie eine Mauer zusammengestanden. Einigkeit macht stark.

Mühlhausen i. Elsaß. Ein Streik der Laternenanzünder als Gegenstück zu „Babisch-Rheinfelden“. Die sozialdemokratisch organisierten Laternenanzünder in Mühlhausen verlangten kürzlich eine Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse. Die Forderungen waren durchaus berechtigt. Die Gasgesellschaft wäre angeht die Rentabilität des Betriebes sehr wohl in der Lage gewesen, die Forderungen zu erfüllen. Sie wies dieselben jedoch kurzerhand ab und wollte sich sogar auf Verhandlungen nicht einlassen. Die Anzünder traten in Streik.

Im Verlauf des Streiks kam es zu schweren Unruhen und Ausschreitungen. Die von der Firma herangezogenen und abkommandierten Arbeitswilligen wurden angehalten und zum Teil durchgeprügelt, die Gaslaternen vielfach ausgebrochen und nach den Zeitungsmeldungen Hunderte derselben zertrümmert. Vor der Gasfabrik sammelte sich abends eine vieltausendköpfige Volksmenge an; die Polizei, die allerdings auch nicht immer mit der nötigen Ruhe und Selbstbeherrschung vorging, wurde ausgepöfcht und mit Steinwürfen empfangen. In der Gasfabrik selbst wurden fast sämtliche Fensterscheiben eingeworfen. Da die Ausschreitungen gefährlicher zu werden drohten, legte sich der Polizeikommissar ins Mittel. Seinen Bemühungen gelang es, die Firma zum Abschluß eines Tarifvertrages zu bewegen, der die Forderungen der Arbeiter, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise erfüllte.

Warum wir über diese Vorgänge berichten? Nun, sie erinnern lebhaft an Babisch-Rheinfelden. Mit weit größerem Recht, wie damals die „Genossen“, könnten wir hier die sozialdemokratische Streikleitung für die Ausschreitungen mitverantwortlich machen. Sowohl diese als auch die „Mühlhäuser Volksz.“, das Organ der „Genossen“, haben nichts unternommen, um die Massen zu beruhigen und vor Ausschreitungen zu warnen. Erst nach der Beilegung der Differenzen hat die Streikleitung in einem Flugblatt hiervon Kenntnis gegeben und zur Ruhe gemahnt. Trotzdem fällt es uns nicht ein, diese Vorgänge auf das Schuldonto der Streikleitung zu buchen. Sie beweisen aber, daß es die Genossen nicht immer in der Hand haben, Ausschreitungen zu vermeiden. Was wir ferner noch wünschen, das wäre, daß in ähnlichen, die christlichen Gewerkschaften betreffenden Situationen Verbände und Presse stets eine ebenso objektive Haltung der Streikleitung gegenüber einnehmen möchten, wie es hier der Fall war.

Aus dem Ort. Zur Stilllegung der fiskalischen Werke. Durch die seitens der Bergbehörde geplante Stellung fast sämtlicher Oberharzger Hüttenwerke ist in weiten Bevölkerungskreisen eine große Beunruhigung und Erregung entstanden. Durch diese Maßnahmen werden nicht nur die Arbeiter aufs schwerste getroffen, sondern auch die gesamte übrige Bevölkerung wird in Mitleidenschaft gezogen. Die hier schon seit einigen Jahren erfolgreich arbeitenden christlichen Gewerkschaften, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands und der christliche Metallarbeiterverband, veranstalteten am Sonntag den 10. und am Sonntag den 11. September in Clausthal bezw. Altenau i. S. öffentliche Versammlungen, um Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Die Einberufer hatten den Landrat des Kreises Zellerfeld, Reichstagsabgeordneten, Amtsgerichtsrat Kölle, Landtagsabgeordneten Berginspektor a. D. Spitzig, das Königl. Oberbergamt, sowie die Bürgermeister der in Frage kommenden Städte brieflich eingeladen. Die Referenten, Kollegen Budner und Bauer-Soslar, beauftragten in ihren Ausführungen die eventl. Folgen der Stilllegung der Hütten für die gesamte Oberharzger Bevölkerung. Als Grund für diese Betriebs-einschränkung wird seitens der Bergbehörde die Unrentabilität der Werke ins Feld geführt.

Von den Referenten wurde nachgewiesen, daß an den traurigen Ergebnissen der meisten Hütten die Ursache von erheblicher Bedeutung sei, daß in Verhältnis zur Privatindustrie zu viel Beamte und Aufsichtspersonen vorhanden sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß z. B. die Hüttenanlage 17 Aufsichtspersonen inkl. Überpersonal habe. Ein gleichzeitiger Privatbetrieb bei Oesterode habe dagegen bei mindestens gleicher Arbeiterzahl außer dem Betriebsinhaber nur zwei Beamte, einen Prokuristen und noch zwei Schreiber! Dann würden neue Betriebsrichtungen ange-schafft, die in manchen Fällen kaum benutzt werden.

So sind auf derselben Hütte zwei neue Formmaschinen und 50 dazu gehörige Formkästen angeschafft worden, die bis heute nur ein einziges Mal gebraucht wurden! In Lautenthal hat man in den Jahren 1902/03 die Hüttenhütte neu errichtet; im letzten Jahr ist ein neuer Schmelzofen gebaut, am 1. Oktober ds. Jrs. wird die kostspielige Anlage stillgelegt. Über 70 Leute müssen dadurch anderweitig Arbeit annehmen oder werden wider ihren Willen pensioniert!

Die stark besuchten Versammlungen waren mit den Referenten einig in der Ansicht, daß, wenn der Staat die Werke nicht weiter betreiben wolle, man versuchen möge, die Werke zu verkaufen oder zu verpachten. Dann müsse versucht werden, andere Industrien auf dem Oberharz anzukurbeln, was nötigenfalls durch Prämienabgaben für Rohstoffe und Brennmaterial unterstützt werden müsse, wie es auch anderweitig schon geschehen sei!

Herr Reichstagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Kölle, der persönlich erschienen war, wies darauf hin, daß diese Angelegenheit keine Parteisache, sondern für die gesamte Bevölkerung des Oberharzes eine Lebensfrage sei, und erklärte sich gern bereit, in diesem Sinne mitzuarbeiten. Dasselbe hat Herr Landtagsabgeordneter, Berginspektor Spitzig, der, wie er mitteilte, am rechtzeitigen Erscheinen verhindert war, brieflich zugesagt. — In beiden Versammlungen wurde eine Kommission, die sich aus allen Ständen zusammensetzt und der auch die beiden Referenten angehören, beauftragt, die weiteren Schritte zu tun.

Zum Schluß wurde dann noch in beiden Versammlungen folgende, von Herrn Amtsgerichtsrat Abgeordneten Kölle eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

„Die am Sonnabend im Hotel „Blind auf“ Clausthal und am Sonntag im Hotel „Kammelsberg“ zu Altenau tagenden, aus allen Kreisen der Bevölkerung stark besuchten Versammlungen danken den Vertretern der christlichen Gewerkschaften, insbesondere dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerksverein in christlicher Bergarbeiter Deutschlands für ihre bisherige Tätigkeit zwecks Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Oberharzes, insbesondere der Oberharzger Berg- und Hüttenleute.“

Angesichts der bevorstehenden Stilllegung bezw. Betriebs-einschränkung eines Teiles der Oberharzger Werke hält es die Versammlung für dringend geboten, daß eine zu diesem Zwecke von den Versammlungen bestellte Kommission in dieser Richtung halbjährig weitere geeignete Schritte unternimmt.“

Mögen sich die Arbeiter des Oberharzes über die allernächsten Schritte in der Organisation schaffen, damit sie im schlimmsten Falle nicht vollständig verlassen dastehen. Sie sehen es doch jetzt wieder auf's neue, daß es nur die christlichen Gewerkschaften sind, die mit Nachdruck für ihre Interessen öffentlich eintreten.

Neunkirchen (Saar). (Die Früchte der Berliner Erziehung.) Anlässlich der Welterntwahl im Neunkirchner Knappheits-Verein fand in Neunkirchen am 29. August eine von unserem Verbands einberufene Versammlung statt. Diese Versammlung, wie ein kleines Wahlflugblatt, gab dem Fachabteilungsleiter Köhmann aus Neunkirchen Veranlassung, unsere beiden Kollegen Bäder und Engel zu einer Versammlung am 4. September im katholischen Gesellenhaus in Neunkirchen einzuladen. Da die Einladung aber erst am Tag vorher an unsere Kollegen gelangte, so konnten sie derselben keine Folge leisten, erklärten sich aber bereit, in einer anderen Versammlung erscheinen zu wollen, wenn sie rechtzeitig eingeladen würden. Dies geschah nun am Sonntag, den 11. September. Bäder und Engel sollten in dieser Versammlung ihre Behauptungen, die sie in ihrer Versammlung vom 29. August gegen die katholischen Fachabteilungen aufgestellt hatten, beweisen.

Der Umstand, daß eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung im selben Lokale eine geschlossene Versammlung der „Berliner“ stattfand, ließ schon erkennen, daß man auf dieser Seite die Absicht hatte, den Saal für die öffentliche Versammlung zu besetzen, um den Herrn im Hause spielen zu können und den Eindruck der Ausführungen unserer Kollegen zu verweischen. Letzteres ist aber nicht gelungen. Dafür haben sich die „Berliner“ in der Versammlung in einer sehr klaren Weise ausgesprochen, die man bis heute hier im Saarrevier in Arbeiterversammlungen nicht gewohnt war.

Die Versammlung dauerte über 5 Stunden und nahm teilweise einen sehr hitzigen Verlauf. Trotzdem die Kollegen Bäder und Engel ausdrücklich eingeladen waren, ließ man sie nicht vollständig zu Worte kommen. Da die „Berliner“ offenbar Angst hatten, ihre Schäflein könnten von der Lächerlichkeit der „Berliner“ überzeugt werden, so wurde unseren Kollegen, sobald sie den Beweis antreten wollten, daß es möglich ist, christlicher Gewerkschaftler und zugleich guter Katholik zu sein, das Wort entzogen.

Besonders aufgeregt geberdete sich der Fachabteilungsleiter Köhmann, als Kollege Engel ihn aufforderte, einen einzigen Beweis zu nennen, welcher sich schon gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen habe. Eingegen könnten sehr viele kirchliche Autoritäten angeführt werden, welche sich offen für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hätten. Als Kollege Engel deren Namen und auch ihre Aussprüche anführen wollte, wurde ihm dieses seitens der Versammlungsleiter verboten. Herr Köhmann ließ sogar die Dreistigkeit, zu sagen, „interkonfessionellen“ Sekretäre der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften hätten kein Recht, sich auf kirchliche Autoritäten zu berufen. Ueberhaupt sei das Ganze M.-Glabbacher System Schwindel. (Höher kann die Un-mäßigkeit nicht mehr gehen. D. S.)

Daß sich die „Berliner“ Sekretäre selbst unklar über ihr System sind, zeigt sich auch wieder in dieser Versammlung. Köhmann sagte u. a.: Der Streik sei ein erlaubtes Mittel zur Selbsthilfe, hingegen der Sekretär Müller von Saarbrücken rief mit Donnerstimme in den Saal hinein: „Jeder Streik ist vom religiös-sittlichen Standpunkt aus zu verwerfen, denn jeder Streik führt zur Revolution. Es gibt überhaupt keine wirtschaftliche Frage, welche zu lösen ist, ohne auf dem religiös-sittlichen Boden zu stehen.“ Auf den ironischen Zwischenruf, ob die teuren Fleischpreise auch eine religiös-sittliche

Frage seien, die Müller im Reaktion des Ueberzeugungs aus: „Ja wohl, auch die Erhöhung der Fleischpreise ist eine religiös-sittliche Frage.“

Im Gegensatz zu unsern Kollegen Bäder und Engel, welche während ihrer Ausführungen von den „Berliner“ Fachabteilern durch johlende Zwischenrufe, die sich bis zu Radausätzen steigerten, ständig gestört wurden, konnten die anwesenden Sozialdemokraten ruhig ausprechen. Brausender Beifall erhielten sie von den hyperkonfessionellen „Berliner“, wenn sie gegen die „Christlichen“ loszogen. Mit Recht konnte daher der christlich organisierte Kollege Köhst aus Almbach feststellen, diese Versammlung habe wieder gezeigt, daß die Sozialdemokraten und „Berliner“ Arm in Arm gingen. Kaum hatte er dieses gesagt, so sprang der „Arbeiterführer“ Köhmann auf den Tisch, entzog ihm das Wort, verwies ihn aus dem Saal, indem er hinzufügte: „Ich weiß nicht, ob die Versammlung diese Beleidigung ruhig hin-nimmt.“ Die ob besagten Biergenossen johlten erhitzten Geistes der Fachabteiler nahmen selbstverständlich diese Worte ihres Führers als Befehl auf. Sofort stürzte sich die fanatisierte Masse auf Kollege Köhst. Er wurde von den Wählern gefaßt, mit Faustschlägen und Pfiffen miß-handelt und dann hinausgeworfen.

Gleichzeitig mit diesem rohen Gewaltakt erhob sich im Saal ein berartiger Tumult, daß der Versammlungs-leiter Köhmann sich selbst kein Gehör mehr verschaffen konnte. Seine Ruhe, ruhig zu sein, hatten keinen Erfolg, und wenn er schon während der Ausführungen der Kollegen Bäder und Engel die Klingel fortwährend in Bewegung setzen mußte, um durch ihren Klang immer wieder zur Ruhe zu mahnen, die durch Zwischenrufe, Johlen, beleidigende Ausdrücke usw. unterbrochen wurden, so störte sich nunmehr niemand von seinen Getreuen und seinen sozialdemokratischen Freunden in der Versammlung daran. Es wogte hin und her und die Versammlung bot das Bild einer wilden, ungezügelter Menge.

Schon vorher hatte eine Anzahl Fachabteiler die Kollegen Bäder und Engel umringt, bereit, im passenden Moment über sie herzufallen. Wiederholt wurden ihnen die Hände entgegeng gehalten und mit „ins Maul hauen“ bedroht. Ein in der Nähe unserer Kollegen stehender Berichterstatter sah sich auch veranlaßt, den Versammlungs-leiter Köhmann zu ermahnen, die drohende Gefahr zurück zu halten, da er für seine persönliche Sicherheit fürchte. Es gelang nur für kurze Zeit. Als Engel und Bäder die Versammlung verlassen wollten, wurden sie von den Berliner umringt, angegriffen, geschlagen, gestoßen und getreten. Auch der Mahattour der „Saar-Post“, welcher an der ganzen Sache völlig unbeteiligt war, wurde vor die Brust gestoßen. Es bedurfte des energischen Dazwischen-tretens des Lokalredakteurs der „Neunkirchner Zeitung“ (Fachabteilungsblatt) und einiger besonnen gebliebener Arbeiter, um die schlimmsten Folgen dieses gewalttätigen und gemeinen Exzesses zu verhindern. Bemerkenswert ist auch hier wieder, daß der katholische Arbeitersekretär Köhmann, statt die erregte Masse zu beruhigen, Del-ins Feuer goß; indem er in den Saal hineinrief, unsere Kollegen sollten sich auf ihre Plätze setzen und warten; bis der Saal sich vollständig geleert habe, sonst würde er für ihre Sicherheit keine Garantie übernehmen. Unser Begleitung und umgeben von ruhigen Arbeitern und christlich organisierten Kollegen, die die fanatisierten Fach-abteiler zurückhielten, gelangten Bäder und Engel dann ins Freie.

Daß das skandalöse Vorgehen der „Berliner“ dem Versammlungsleiter Köhmann, (welcher durch sein Beneh-men unsern Kollegen gegenüber selbst den Rabau provozierte) wenigstens als es seinen Höhepunkt in den Miß-handlungen erreicht hatte, höchst unangenehm und äußerst peinlich war, geht schon aus seinen Worten hervor, die er an die tobende Menge richtete, um sie von den Ausschreitungen zurückzuhalten, da, wie er sagte, das ein Spektakel durch ganz Deutschland gebe und die Wladage an ihm hängen bliebe. Doch war er nicht mehr stark genug seinen Leuten gegenüber, diese wollten ihr Opfer haben. Sie haben dadurch aber auch gezeigt — und das ist ja auch wertvoll — welche Früchte die „Berliner“ Erziehung zeitigt, wie sie Arbeiterführer verbreiten, die das Fruchtlose ihrer Bemühungen erkannt haben und das Geere ihres Programms wohl selbst einsehen und so den Haß gegen eine andere Organisation systematisch säuen und diese im Verein mit den Sozialdemokraten, den Feinden von Staat und Kirche, verbündeten und bekämpfen. Natürlich können solche wüsten Szenen, wie sie seitens der Berliner Fachabteiler am Sonntag beunruhigt wurden, dieser Richtung nur schaden, was gewiß nicht zu bedauern ist.

Die denkende Arbeiterklasse von Neunkirchen hat durch den Verlauf dieser Versammlung gesehen, wohin der Wind mit den „Berlinern“ weht. Sie wird sich in Zukunft noch mehr wie bisher dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, wohl wissend, daß dieser ehelich befreit ist, für seine Mitglieder und deren Familien bessere Existenzbedingungen zu erringen. In der Verfechtung und Hochhaltung ihrer religiösen Ideale werden die katholischen Mitglieder unseres Verbandes, ebenso wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft sich von den „Berlinern“ nicht überbieten lassen. Darum, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband und mitgekämpft für die Ehre unseres Standes!

Wetzheim. In Nr. 37 unserer Zeitung ist eine Korrespondenz aus Wetzheim veröffentlicht, worin eine Erklärung von einem früheren Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aus dem Inzeratenteil des Wetzheimer Anzeigers wiedergegeben ist. Zu dieser Erklärung sendet uns die Verwaltungsstelle Wetzheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Berichtigung und verlangt unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes deren Aufnahme. Wir lehnen dies ab, weil die sogenannte Berichtigung in keiner Weise den Anforderungen des angezogenen Paragraphen des Preßgesetzes entspricht. Wenn Herr Gamanu von der Verwaltungsstelle Wetzheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Preßgesetz so wenig kennt, sollte er es auch unterlassen, auf Grund dieses Gesetzes die Aufnahme von Berichtigungen durchsetzen zu wollen. Wenn er sich nicht ausdrücklich auf den obenin-dien § 11 genannten Gesetzes berufen hätte, so würden wir seiner umfangreichen Einsendung eher Aufnahme gewährt haben, so aber nicht.

Nichtsdestoweniger wollen wir ganz aus freiem Willen aus dem sachlichen Inhalt der Berichtigung mitteilen, daß die Angaben des Arbeitswilligen Franz Bruder bestritten werden. Es seien ihm „kleinerlei Besprechungen“ gemacht worden, die nachher nicht gehalten wurden. Nur durch einen Irrtum seien einmal 10 statt 12 Mark an ihn ausbezahlt worden, was aber noch am selben Tage geregelt worden sei, ohne daß „Bruder selbst energisch an der Kasse reklamieren“ habe.

Soweit der sachliche Inhalt der betr. Aufschrift auffallend ist, daß diese Berichtigung an uns gesandt wurde, während im Forstheimer Anzeiger, wo die betr. Erklärung zuerst erschien, von einer Berichtigung bisher nichts verlautet ist.

Saar-Metall. Seitens der Arbeiter der Hütte Phönix in Saar und der Rheinischen Stahlwerke in Meiderich wird sehr viel geklagt über schlechte Behandlung, niedrige Löhne und die Unterbereien seitens der Vorgesetzten. Vor allem sind es die Hochofenarbeiter der Hütte Phönix, deren Lage viel zu wünschen übrig läßt. So mußten sich dieselben im vorigen Jahre von ihrem ohnehin schon nicht zu hohen Lohn einen Abzug von 30—40 Pfennig pro Tag gefallen lassen. Nachdem jetzt wieder eine bessere Konjunktur eingetreten ist, sollte man erwarten, die Hütte Phönix hätte den Arbeitern in ansehnlicher der teuren Lebenshaltung die Löhne wieder aufgebessert. Aber weit gefehlt. Wenn sich die Arbeiter nicht bald der Organisation anschließen, wird es der Hütte nicht einfallen, die Wägen der letzten Jahre wieder weit zu machen. Und doch wäre eine Lohnerhöhung für die Hütte Phönix sehr leicht möglich, da sie doch gegen das Vorjahr einen außerordentlich hohen Gewinn erzielt hat. Nach dem vor einigen Tagen herausgegebenen Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr hat die Hütte Phönix einen Gewinn von 33 665 412 Mark erzielt. Nach reichlichen Abschreibungen in Höhe von 10 888 102 Mark bleibt nach ein Meingewinn von 22 777 311 Mark, der für die Aktionäre eine Dividende von 16 % gegen 9 % im vorigen Jahre abwerfen wird.

Bei einem solchen hohen Gewinn wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die Hütte den Arbeitern die Löhne wieder aufbesserte, denn sie haben mit ihrer Hände Arbeit in erster Linie zu dem glänzigen Geschäftsabluß beigetragen.

Wich den Arbeitern der Rheinischen Stahlwerke in Meiderich können wir nur den Rat erteilen, sich der Organisation anzuschließen, wenn sie bessere Verhältnisse auf diesem Werte wünschen. Auch dieses Unternehmen hat kürzlich seinen Geschäftsbericht für das letzte Jahr veröffentlicht und ist in der Lage, eine Dividende von 7 % zu verurteilen.

Zu dem Geschäftsbericht werden auch die wirtschaftlichen Kämpfe erwähnt, die zwischen den Unternehmen und Arbeitern geführt werden und darüber geklagt, daß sie dem Wirtschaftsleben großen Schaden zufügen. Wir fragen aber: Wer ist denn Schuld an diesen Kämpfen? Doch wohl in der Hauptsache die Unternehmer, die jede Forderung der Arbeiter als unberechtigt ablehnen und von einer Gleichberechtigung der Arbeiter nichts wissen wollen. Arbeiter der Hütte Phönix und der Rheinischen Stahlwerke! Trete ein in den christlichen Metallarbeiterverband! Denn nur der wird eure Interessen wirksam vertreten und Euch vor Verschlechterung eurer Lage schützen!

Herdingen hat sich im Laufe der Zeit zu einer Industriestadt entwickelt. Ein großer Prozentsatz von den in der hiesigen Industrie beschäftigten Arbeitern wohnt auf den umliegenden Dörfern. Sie besitzen zum größten Teil ein eigenes Heim. Ist es schon schwer, die in der Stadt ansässigen Arbeiter der Organisation zuzuführen, so erscheint es bei diesen Leuten vom Lande fast unmöglich. So ist es auch weiter nicht zu verwundern, wenn sich in den einzelnen Betrieben Mißstände eingeschlichen haben und auch sonst noch vieles zu wünschen übrig bleibt. Aber die Arbeiter nehmen dieses alles als selbstverständlich hin, sie haben keine Ahnung, daß es auch Mittel gibt, um derartige Zustände zu beseitigen. Durch die jahrelange Gleichgültigkeit ist ihnen jedes Interesse für ein Vorwärtstreben verloren gegangen. Auch diejenigen, die sich organisiert, lassen es noch vielfach an der nötigen praktischen Wirksamkeit fehlen. Man sieht das schon an den Mitgliederversammlungen, die sehr schlecht besucht werden.

Kollegen, wenn wir auch berückichtigen müssen, daß eine Anzahl von unseren Mitgliedern einen weiten Weg zurückzulegen hat, so darf uns das doch nicht abhalten, in der Versammlung zu erscheinen. Wird unser Versammlungsbesuch nicht besser, so verlieren selbst die eifrigsten Kollegen den Mut und die Lust zur weiteren Tätigkeit. Deshalb fort mit der Gleichgültigkeit! Stellen wir unsere ganze Kraft in den Dienst der guten Sache. Treten wir ein in die Kleinarbeit, damit wir größere Massen dem christlichen Metallarbeiterverband zuführen, denn nur so können wir unsere Rechte wahren.

Ahlen Westf. Die sozialdemokratischen Sperrebrecher bei der Firma Dinnemann & Schulte werden jetzt noch von der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ verteidigt. Das wäre bei jeder anderen Organisation unmöglich, aber im deutschen Metallarbeiterverband bringt man bei dem dort herrschenden Größenwahn bekanntlich alles fertig. Es wird solange daran herum gebogen, bis es paßt; jetzt soll sogar ein christlicher Kollege den armen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbändler zum Sperrebruch verleitet haben. Das ist allerdings direkt unwahr, aber was verschlägt's, man glaubt den Mann rein gemacht zu haben. Andererseits sagt man aber offen heraus man hätte aus so und so viel Gründen — und um Gründe ist man ja im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bekanntlich nie verlegen, man lese nur im Jahr- und Handbuch die Begründung für die Umarmung der Mannheimer und Stuttgarter Bewegung nach — die Sperre nicht anerkannt. Ja warum wurde uns denn auf unsere Mitteilungs von der Verhängung der Sperre keine ablehnende Antwort zu Teil?

Unser angegriffener Kollege bestreitet direkt, in irgend einer Weise auf den Sperrebrecher zur Annahme der Arbeit eingewirkt zu haben. Wegen der geradezu frivolen Verleumdungen wird Kollege Wach der „Metallarbeiterzeitung“ Gelegenheit zum Beweis geben. Es steht fest, daß die sozialdemokratischen Metallarbeiterverbändler in

Ahlen mit Wissen ihrer Geschäftsleitung Sperrebruch begangen haben. Das hätte ein christlicher Arbeiter sein sollen, wie würde da der sozialdemokratische Blätterwaid rauschen. Im übrigen möchten wir der „Metallarbeiterzeitung“ raten, wegen der Coblenzer Vorgänge, die sich im Jahre 1906 zugetragen haben, etwas vorsichtiger zu sein, wie können ihr dienen, wollen aber der Gerichtsverhandlung nicht vorgreifen. Unseren Kollegen in Ahlen aber raten wir dringend, dafür zu sorgen, daß diese sozialdemokratische Gelbentat allen Metallarbeitern bekannt wird.

Jugoldstadt. Unsere letzte Metallarbeiterversammlung, die im kath. Vereinshaus stattfand und sich eines recht guten Besuchs erfreute, hat uns gezeigt, daß hier ein echter gewerkschaftlicher Geist in unseren Reihen herrscht. Bezirksleiter Wagner-München referierte über: Die gegenwärtige Lage in der Metallindustrie. Der Redner verstand es, in trefflicher Weise den Zuhörern die Krisen und ihre Folgen für das Wirtschaftsleben, insbesondere für die Arbeiter, vor die Augen zu führen. Da wir aber jetzt, so führte Redner des weiteren aus, wieder eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen haben, so sei es eine Pflicht für einen jeden von uns, den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken. Denn nur so können wir die Wunden, die uns die Krise geschlagen hat, heilen, uns gegebenenfalls vor Rückschlägen schützen. Soll das erreicht werden, so bleibt uns noch eine große Arbeit zu leisten übrig. Ein jeder von uns muß seine Kraft in den Dienst der Aufklärung und der Agitation stellen, dann werden wir unsere angestrebten Ziele erreichen.

Zum Schluß strichte der Referent die Verhandlungen der Generalversammlung in Duisburg und betonte, daß unser Verband eine sehr zeitgemäße Frage behandelt habe, nämlich einen Weg gefunden, auf dem wir unsere Jugend mit Erfolg organisieren können. Eine znerergische Arbeit auf diesem Gebiete wird unserem Verbands zum großen Segen gereichen.

Auch in der Diskussion wurde dieser Auffassung in vollem Umfange Ausdruck verliehen. Mehrere Aufnahmen, darunter auch jugendlicher Kollegen, war der praktische Erfolg der Versammlung.

Spittel. Gest „saarabische“ Zustände herrschen in dem Kesselhause des Schachtes IV der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft zu Karlingen. Jeder weiß, daß die Besitzer solcher Betriebe einen schweren und verantwortungsvollen Posten haben. Sie können ihrer gestellten Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn ihnen gutes Betriebsmaterial zur Verfügung steht. Dieses trifft hier aber nicht zu. Daher ist es den Leuten unmöglich, die nötige Menge Dampf zu liefern, wie es erforderlich wäre. Dies wird aber seitens der einzelnen Vorgesetzten gar nicht in Betracht gezogen, sondern die Leute werden als die Schuldigen hingestellt. Schimpfworte, wie: „faule Hunde, elende Bande, Verbrechergesicht, Lumpen, alter Esel, sind keine Seltenheit. Damit noch nicht genug. Mit geballter Faust sucht man den Leuten unter der Nase oder faßt sie am Hals und brüllt sie gegen die Kessel. Wirklich „saarabisch“!

Auch die Löhne lassen viel zu wünschen übrig. Für die schwere und verantwortungsvolle Arbeit eines Kesselsetzers kann ein Lohn von drei Mark fünfzig bis siebenzig Pfennig bei den teuren Lebensverhältnissen nicht genügen, um sich entsprechend ernähren zu können. Daher sind diese Leute auf Ueberfichten angewiesen. So ist es vorgetommen, daß einzelne Helfer vierzig Schichten im Monat geleistet haben. Wagt einer dagegen Front zu machen, so gibt es Mittel genug, um ihn zum Schwelgen zu bringen. Er wird womöglich an einen Kessel gestellt, der schlecht zieht, da muß er intensiver arbeiten und ist auch noch der Gefahr ausgesetzt, sich zu verbrennen, wie das schon tatsächlich passiert ist. Aus diesem Grunde ist auch der Wechsel der Arbeiter sehr groß; denn unter diesen Verhältnissen zu arbeiten, wird keinem Menschen einfallen, der noch etwas Selbstachtung besitzt. Es hat aber auch den Anschein, als wenn dieses von oben und seitens einiger Beamten gern gesehen wird, denn da braucht man die Löhne nicht zu erhöhen und frische Leute müssen sich eben viel mehr gefallen lassen.

Arbeiter von Spittel! Wie lange wollen wir uns diese jedem menschlichen Empfinden hohnsprechende Behandlung gefallen lassen? Wie lange wollen wir noch der übrigen Arbeiterschaft zum Gespött dienen? Wer hat denn die Schuld an diesen Zuständen? Die Antwort kann nicht schwer fallen. Wir Arbeiter selbst! Die Zustände klagen uns selbst an! Deshalb müssen wir uns aufrufen, werden wir ganze Männer. Schütteln wir dieses unwürdige Joch von uns ab. Schließen wir uns dem christlichen Metallarbeiterverband an. Denn nur die Organisation kann uns aus unserer unwürdigen Lage befreien und diese unhaltbaren Zustände beseitigen.

Neustadt a. d. Hardt. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften scheint das Aufblühen unserer Organisation hier am Orte ein Dorn im Auge zu sein. Da aber alle ihre Mittel, ein weiteres Wachsen unserer Ortsgruppe zu hindern, verlagern, so suchen sie jetzt ihren Mitarbeitern „Schlagend“ zu beweisen, daß nur ihre Organisation die richtige sei. Der nachfolgende Fall sei zur Charakteristik sozialdemokratischer Agitationsmanieren angeführt:

Trat da in jüngster Zeit ein sozialdemokratischer Agitator an seinen Mitarbeiter heran, um ihn dem „alleinigen“ sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zuzuführen. Als der Arbeiter dem sozialdemokratischen Agitator erklärte: „Ich trete dem christlichen Metallarbeiterverbande bei“, antwortete jener: Wenn Du dem christlichen Metallarbeiterverband beitretest, so schlag ich Dir den Hammer auf den Kopf. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband kann wahrhaft „stolz“ sein auf solche Agitatoren. Wie schlecht muß es da mit einer solchen Organisation bestellt sein, wenn mit solchen Mitteln für dieselbe agitiert werden muß und das noch von einer Seite, von der man nicht genug über Anechtung und Unterdrückung hören kann.

Air national und christlich geantten Arbeiter von Neustadt! Wie lange wollt ihr euch diese Annahmen gefallen lassen? Gebt diesen an Größenwahn leidenden „Genossen“ die einzig richtige Antwort, indem ihr Euch Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anschließt. Nur dann werdet Ihr wirklich freie Arbeiter und auch eure Lage wird eine bessere werden.

Gerade hier in Neustadt könnten die „Genossen“ zeigen, ob es ihnen wirklich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu tun ist. Denn es gibt hier genug zu reformieren und zu verbessern. So lassen die Löhne viel zu wünschen übrig. Besonders läßt die Behandlung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben viel zu wünschen übrig. Hier könnten sich die „Genossen“ große Verdienste um die Arbeiterinteressen erwerben, wenn sie mit uns gemeinsam Front machten gegen derartige Mißstände. Das wäre den Arbeiterinteressen dienlicher als ihr Zerkorismus. Mögen sich unsere christlichen Berufskollegen dadurch nicht betören lassen, sondern verhalten an unserer Sache und für ihre weitere Stärkung unermüdblich tätig sein.

Stahl a. M. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat es kürzlich für nötig gefunden, mehrere Betriebsversammlungen für die Arbeiter der Firma Armaturenfabrik Bauer u. Co. abzuhalten. In diesen Versammlungen sollten die Arbeiter ihre Wünsche vorbringen, damit sie formuliert und der Firma unterbreitet werden könnten.

Da wir aber in dem Betriebe eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes haben, so beschloßen wir, eine dieser Versammlungen zu besuchen, in welcher ein Redner über das Thema: „Wie stellt sich die Arbeiterschaft zu den im Betriebe der Firma Bauer u. Co. herrschenden Mißständen“. Aber wer beschreibt unser Erstaunen, als der Referent nicht etwa die Mißstände schilderte, sondern für das Freidentertum Propaganda machte. Zum Schluß fiel er über die christlichen Gewerkschaften her, wobei er seinen Getreuen den größten Unsinns verzapfte. Das war der Inhalt der Versammlung, in welcher nach acht sozialdemokratischem Muster die Interessen der Arbeiter „vertreten“ wurden.

Aus diesem Grunde sahen wir uns veranlaßt, unsererseits eine Betriebsversammlung einzuberufen, in der Kollege Scheerer-Dissenbach über die Mißstände im Betriebe der obengenannten Firma sprechen sollte. Diese Versammlung fand am 16. August statt. Nachdem Kollege Scheerer die Mißstände bei der Firma Bauer u. Co. treffend beschildert hatte, schilderte er in markanten Worten die gedrückte Lage des Arbeiterstandes. Wollen wir, so führte der Redner zum Schluß aus, die Mißstände in diesem Betriebe beseitigen, so müssen wir, falls es zu einer Bewegung kommen sollte, mit dem sozialdemokratischen Verband gemeinsam vorgehen. Die Prinzipienfrage muß hier ausbleiben, denn so wie die Bergarbeiter hier liegen, kann eine Organisation ohne die andere nichts ausrichten.

In der anschließenden Diskussion sprach als erster der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Bosawe. Dieser versuchte einige Ausführungen Scheerers auf den Kopf zu stellen. Von einem Hand-an-Handarbeiten wollte er nichts wissen, sondern suchte durch nichtslagende Redensarten dem wohlmeinenden Vorschlägen unseres Referenten aus dem Wege zu gehen.

Im Schlußwort nagelte Kollege Scheerer das verätherische Treiben des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fest. Hier hat er es deutlich bewiesen, daß ihm an der Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts gelegen ist; hätte er es ehrlich gemeint, so hätte er das Entgegenkommen von unserem Verbands nicht abweisen dürfen. Denn nur ein gemeinsames Vorgehen kann hier Abhilfe schaffen. Ferner forderte Scheerer alle Anwesenden auf, fest zur Organisation zu halten und auch die Indifferenten aufzurütteln, damit auch diese dem christlichen Metallarbeiterverband zugeführt werden. Nur durch eine starke Organisation können die Rechte der Arbeiter gewahrt werden.

Wohum. Auf dem Werte „Stahl-Industrie“ (Abteilung des Bochumer Vereins) wurde durch Anschlag den Arbeitern der Abteilung I ein Arbeitsabzug angekündigt. Von demselben werden ungefähr 60 Arbeiter betroffen, welche dadurch einen Verlust am Lohn von 60 Pfennig im Durchschnitt pro Schicht erleiden. Die Arbeiter empfinden es um so härter, da der angekündigte Abzug sich auf sehr ungesunde und schwere Arbeit bezieht. Es handelt sich nämlich um das Leeren der heißen Schmelzschmelzen, wobei sich große Mengen giftiger Gase entweichen und die Luft des ganzen Betriebes verpesten.

Am Sonntag, den 18. ds. Mts. fand hierherhalb eine von unserm Verbands einberufene Versammlung statt. In derselben brachten die Arbeiter ihren Anwillen über das ungerechte Vorgehen der Betriebsleitung zum Ausdruck. Nachdem Kollege Engel die Lohnabzüge für die Metallarbeiter im Bochumer Bezirk den Anwesenden durch Bilder vor Augen geführt hatte, betonte er, daß in diesem Falle die Betriebsleitung einfach über die Köpfe der Arbeiter hinweg so handeln konnte, weil sie es hier mit einer unorganisierten Arbeiterschaft zu tun habe. Schon oft wären auch die von dem Abzuge betroffenen Arbeiter zu Besprechungen eingeladen worden. Diese hätten aber geglaubt, die 60 oder 70 Pfennig Gewerkschaftsbeiträge für die Woche sparen zu können. Jetzt würde ihnen auf eine Schicht Sozial abgezogen. Der einzig richtige Weg, den angekündigten Abzug abzumehren, sei jetzt, daß Versäumte nachzuholen, und schnell dafür zu sorgen, daß sämtliche Arbeiter dem christlichen Metallarbeiter-Verbands beitreten. Eine Anzahl Kollegen schlossen sich dem Verbands an; mögen die übrigen bald folgen, dann wird auch die Betriebsleitung sich eines Besseren belehren lassen. Die Arbeiter der übrigen Betriebe aber müssen hieraus die Lehre ziehen und vorbeugen, bevor es zu spät. Arbeiter Bochum!ernet von diesem Falle und handelt danach.

Soziale Rechtspredigung.

Unfälle des täglichen Lebens und die Unfallversicherung.

Der gesetzliche Anspruch auf Unfallentschädigung hat nicht nur zur Voraussetzung, daß der Versicherte einen Unfall erleidet, sondern dieser Unfall muß „beim Betriebe“ geschehen sein. Die Unfälle des täglichen Lebens, das sind solche, die jede Person treffen können, insbesondere die durch höhere Gewalt, Erdbeben, Wassermot hervorgerufen werden, wurden von der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nicht immer als entschädigungspflichtig

ng anerkannt; auch dann nicht, wenn sie „beim Betrieb“ sich ereigneten. Die Rechtsprechung stellte sich hierbei auf den Standpunkt, daß solche Unfälle zu derselben Zeit auch außerhalb des Betriebes sich hätten ereignen können, eine besondere Betriebsgefahr und ein Betriebsunfall also nicht in Betracht komme. Als Unterlage für derartige Entscheidungen dienen wohl die Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871. Nach diesem wird eine durch höhere Gewalt hervorgerufene Körperverletzung oder Tötung eines Menschen von der Schadenersatzpflicht ausdrücklich ausgeschlossen. Die Rechtsprechung hat demgemäß bisher entschieden, daß z. B. für einen durch Blitzschlag im Betrieb verletzten oder getöteten Versicherten nur dann eine Entschädigung zu zahlen sei, wenn die Art des Betriebes die Blitzgefahr in erhöhtem Maße fördere oder veranlasse.

Von dieser Auffassung ist das Reichsversicherungsamt allmählich abgekommen. Jetzt werden Unfälle, von denen Versicherte während der Betriebslosigkeit infolge Blitzschlags betroffen werden, schlechthin als Betriebsunfälle erkannt. Dabei kommt nicht in Betracht, ob der Blitzschlag im Freien oder in geschütztem Räume erfolgt ist, auch nicht die Richtung der Blitzbahn. Der vom Blitze Betroffene muß sich aber innerhalb des Betriebsbereiches befinden haben, andernfalls ein Entschädigungsanspruch nicht besteht, weil eben dann der Unfall nicht im, sondern „beim Betrieb“ erfolgt ist.

Eine ganz neue Entscheidung über einen Unfall des täglichen Lebens findet sich in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1909, Seite 443. Die Entscheidung betrifft einen Chauffeur einer Motor-Omnibusgesellschaft, der beim Warten auf einer Endstation von einer verirrten, in einer anderen Straße abgesehenen Kugel getroffen war. Hier ist ein Betriebsunfall anerkannt und dabei im wesentlichen folgendes ausgeführt worden: „In früheren Entscheidungen des Reichsversicherungsamts ist allerdings ausgesprochen worden, daß der ursächliche Zusammenhang regelmäßig dann nicht gegeben sei, wenn der Verletzte im Betriebe einer Gefahr des täglichen Lebens zum Opfer gefallen war. Das Reichsversicherungsamt hat diesen Standpunkt jedoch in weiteren Entscheidungen nicht aufrecht erhalten, ist vielmehr allmählich zu einer anderen Rechtsauffassung gelangt. Danach erstreckt sich der Schutz der Unfallversicherung auf alle Gefahren, welche sich im Betriebe bieten. Hierzu gehören aber auch die Gefahren des täglichen Lebens, die dadurch zu Gefahren des Betriebes werden, daß der im Betriebe beschäftigte Arbeiter eben infolge der Tatsache seiner Beschäftigung im Betrieb ihnen ausgesetzt ist. Im vorliegenden Falle ist der Kläger der Gefahr, von der verirrten Kugel getroffen zu werden, lediglich infolge der Tatsache seiner Beschäftigung im Betrieb ausgesetzt gewesen, da nur die Ausübung der Betriebsstätigkeit es ihm gebracht hat, daß er sich im Augenblicke des Unfalls an der gefährdeten Stelle der Straße befunden hat.“

Arbeitslöhne weit unter dem üblichen Preis verstoßen gegen die guten Sitten.

Ein Krebschaden der Solinger Stahlwarenindustrie ist das Umgehen der Preisverzeichnisse. Unternehmer und Arbeiter vereinbaren oft einen weit unter dem Tarif stehenden Arbeitslohn, um der Konkurrenz auf diese Weise ein Schnippchen zu schlagen. Solche Schmutzkonkurrenzabmachungen verstoßen aber gegen die guten Sitten und sind ungültig, wie aus folgender Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 26. August 1910 hervorgeht:

Das Landgericht Oberfeld hat als Berufungsinstanz dieser Tage ein Urteil des Solinger Gewerbegerichts bestätigt, das einen Arbeitsvertrag, durch welchen sich ein Schleifer verpflichtet hatte, weit unter den Lohnhöhen des Preisverzeichnisses (Stahllohn tariffs) zu arbeiten, als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet. Die Firma Gebr. F. von hier schloß im vorigen Jahre mit dem Schleifer E. einen schriftlichen Vertrag ab, durch welchen sich E. verpflichtete, mindestens bis zum 1. Juli 1910 ausschließlich für die Firma Gebr. F. in einer von dieser zu stellenden Schleifstelle zu arbeiten, und zwar zu einem Lohnsatz, der durchweg um 50 Prozent niedriger war als die Sätze des Preisverzeichnisses der Tafelmesserbranche. E. konnte hierbei nichts verdienen, stellte die Arbeit ein und wurde darauf von der Firma auf Zahlung eines Schadensersatzes in Höhe von 700 Mark verklagt. Das Gewerbegericht erkannte auf Abweisung der Klage, indem es den Einwand des Beklagten, der Vertrag sei nichtig, weil er gegen die guten Sitten verstoße, als zutreffend bezeichnete. Fest steht, daß der Beklagte schon vor dem Abschluß des schriftlichen Vertrages mehrere Monate für die Firma zu dem recht niedrigen Lohne gearbeitet habe. Unter diesen Umständen habe kein Grund vorgelegen, den Beklagten, einen Hausgewerbetreibenden, der für eine Reihe von Firmen arbeiten konnte, für die verhältnismäßig lange Zeit zu binden durch einen ganz einseitig zugunsten der Klägerin aufgestellten Vertrag, dem der Beklagte zweifellos in einer gewissen Notlage, unter dem Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zugestimmt habe.

Soziales.

Gesundheitsschädliche Wirkung der gewerblichen Frauenarbeit.

Die Schädigung der Gesundheit weiblicher Arbeiter durch die Erwerbsarbeit außer dem Hause, die sich schon in der Tatsache befindet, daß der Frauenüberschuß in Deutschland seit einem Jahrzehnt im Vortritt begriffen ist, weil diese Sterblichkeit der Frauen allem Anschein nach zunimmt, ist

auch durch die amtlichen Untersuchungen über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Berufsarbeiter, die in der Leipziger Ortskrankenkasse versichert sind, genauer ermittelt worden. Während auf 100 männliche Pflichtversicherte im Alter von 25 bis 34 Jahren 36,8 Krankheitsfälle kommen, sind es bei den weiblichen 47,7. Charakteristisch ist noch eine nach Altersklassen gegliederte Uebersicht der Krankheitsstage. Davon entfielen nach der „Sozialen Praxis“ auf 100 Versicherungspflichtige:

Im Alter von	bei Männern	bei Frauen
unter 15	595	533
15—19	617	754
20—24	657	955
25—29	708	1205
30—34	814	1395
35—39	941	1465
40—44	1088	1453
46—49	1243	1496
50—54	1456	1490
55—59	1705	1486
60—64	2096	1632
65—69	2760	2373
70—74	3456	2531
75 und mehr	4043	2512

Also in dem Lebensabschnitt (25 bis 39 Jahre), in dem die Arbeiterin daheim als Hausfrau und Mutter kleiner Kinder besonders scharf beansprucht wird, ist die Einwirkung der gewerblichen Arbeit für sie doppelt so gefährlich wie für den Mann. Für die späteren Jahre erweist die Zahlenreihe wieder die bekannte Tatsache, daß ältere Frauen ein zäheres Leben haben, als der durch intensive Erwerbsarbeit, Alkohol, Sport oder sonstwas aufgetriebene männliche Schlag. Daß die durchschnittliche Erkrankungsdauer im Einzelfalle bei den außer Haus arbeitenden Frauen ebenfalls länger als bei den Männern ist, ergibt sich schon aus dem Vergleich der oben genannten Zahlenreihen. Biffermäßig stellte sich die durchschnittliche Erkrankungsdauer bei den Männern auf 21,6, bei den Frauen auf 24,6 Tage. Diese ungleiche Anfälligkeit und Widerstandsfähigkeit der Männer und Frauen in der außerhäuslichen Erwerbsarbeit bildet einen wichtigen Beitrag zu der verwickelten Frage von der ungleichen Bewertung und Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit.

Literarisches.

Städtebauausstellung und Wohnungsfrage.

Von Stadtverordneter A. Gilling, Arbeitersekretär. Verlag von H. Pothhoff, Bochum. Preis 25 Pfg. Die große Bedeutung der Wohnungsfrage in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung wird heute von allen Seiten anerkannt. Jeder Anstoß zur möglichst befriedigenden Lösung sollte daher nach Kräften unterstützt werden. Von diesem Standpunkt aus ist auch die vorliegende Broschüre von A. Gilling aufrecht zu begrüßen.

Der Verfasser, der durch seine soziale Tätigkeit als Arbeitersekretär tiefe Einblicke in die Wohnungsnot zu tun fortwährend in der Lage ist, behandelt hier im Anschluß an seine Erfahrungen aus dem Besuche der diesjährigen Berliner Städtebau-Ausstellung, den er als Stadtverordneter mit einigen anderen Herren im Auftrage der Bochumer Stadtverwaltung machte, die Wohnungsfrage in volkstümlicher Weise. Angeregt durch dort ausgestellte Photographien hat er persönlich Einsicht in besonders charakteristische Arbeiter- und Kleinwohnungen genommen, auf Grund deren er mit Berücksichtigung des Materials, das die Ausstellung bietet, seine praktischen, von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Vorschläge macht.

Wird hierdurch die Broschüre zunächst für Arbeiter und Sozialpolitiker besonders wertvoll, so muß sie auch hinsichtlich der Darlegungen, die sich auf die ästhetische wie auch die verkehrstechnische Seite der Städtebaufrage beziehen, als sehr anregend und nachdenklicher Erwägung wert bezeichnet werden. Die Denkmäler-Platzfrage, die Friedhofskunst — um nur einige Punkte zu nennen — erfahren eine eingehende und sehr anregende Besprechung, die namentlich auch dem Laien wichtige Belehrung und jedem neue Gesichtspunkte bietet.

Durch das katholische Arbeitersekretariat Bochum, Wilhelmstraße, bezogen, kostet die Schrift für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 15 Pfg. pro Exemplar, 50 Stück 6,50 Mk., 100 Stück 12 Mk.

Schwarzwälder Ruhelosen.

Gedächtnisfeier, teilweise in Schwarzwälder Mundart. Herausgegeben von Anton Weicker, Uhrmacher in Furtwangen. Als gesunde Kost allen Fröhlichen Gemütern bargereicht. Preis 50 Pfg. Im Selbstverlag des Verfassers. Die in dem Werkchen gesammelten Gedächtnisse behandeln die verschiedensten Fragen und lassen besonders einen gesunden vollstimmlichen Humor zum Durchbruch kommen.

Der Verfasser ist einfacher Arbeiter (Uhrmacher) und Mitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Dem sind seiner Schwarzwälder Muse wünschen wir die weiteste Verbreitung.

Sterbetafel.

Essen. Am 16. September starb unser Kollege Heinrich Holzschneider an Blutvergiftung.

München. Unser Kollege Alois Rausch ist infolge eines Blutsturzes gestorben.

Obernau. Am 5. September starb unser Kollege Franz Harth im Alter von 32 Jahren an Lungenleiden. **Ehre ihrem Andenken!**

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Bochum.** Samstag, den 24. Sept. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Wilmes, Klosterstr.
- Duisburg.** Mittwoch, den 5. Oktober, abends 1/2 9 Uhr bei Rüppers, Vertrauensmänneritzung.
- Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 2. Oktober, abends 1/2 8 Uhr bei Cremerius, Mitalliederverammlung mit Frauen.
- Duisburg-Weiderich.** Sonntag, den 25. Sept., nachm. 4 Uhr bei Haerlam, Mitgliederverammlung mit Vortrag des Kollegen Czora aus Peine.
- Duisburg-Weiderich.** Sonntag, 25. September, abends 6 1/2 Uhr bei Wesser, Mitallieder-Versammlung mit Vortrag.
- Düsseldorf-Bez. Oberbll.** Sonntag, den 25. September vormittags 11 Uhr Bezirksversammlung im Lokale Fädel, Am Markt, Kölnnerstraße.
- Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 25. Sept. vorm. 11 Uhr Mitgliederverammlung im Lokale Schulten, Rünsterstraße. Referent Kollege Leupe.
- Düsseldorf-Ratingen.** Samstag, den 24. Sept., abends 7 1/2 Uhr, Mitallieder-Versammlung im Lokale Paul, Bahnhofsstraße.
- Düsseldorf.** Samstag, den 25. Sept., vormittags 11 Uhr, gemeinsame Mitalliederverammlung im Paulushaus, Louisenstr.
- Düsseldorf.** (Klempner und Installateure.) Dienstag, den 27. September abends 9 Uhr Branchen-Versammlung bei Neuter, Ost- und Klosterstraßen-Ecke.
- Elfenach.** Samstag, den 24. Sept. abends 8 1/2 Uhr in der Clemda.
- Essen-Rettwig.** Sonntag, den 25. Sept., morgens 11 Uhr, Mitalliederverammlung im Lokale des Herrn Buchmüller, Rettwig.
- Essen-Berge.** Sonntag, den 25. Sept., vormittags 10 1/2 Uhr, Mitalliederverammlung bei Westhof, Hochstraße.
- Essen-Segeroth.** Sonntag, den 25. September, vormittags 11 1/2 Uhr Mitalliederverammlung im Lokale Langenberg, Freiheitsstraße.
- Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 25. September, morgens 11 Uhr Mitalliederverammlung der Jugendabteilung der Ortsverwaltung Essen, im Lokale Wiel, Altdorferstraße.
- Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, den 25. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, Versammlung der Sektionsvorstände unserer Ortsverwaltung im Lokale Wiel, Altdorferstraße. Kein Kollege darf fehlen.
- Essen-Frohnhagen.** Sonntag, den 25. September, morgens 11 Uhr Mitgliederverammlung bei Pottgießer, Frohnhauserstraße.
- Frankfurt a. M.** Samstag, den 24. September, abends 9 Uhr im Necherisal, Lanastraße 29.
- Gelsenkirchen-Heckendorf.** Samstag, den 24. September, abends 6 1/2 Uhr bei Vatter.
- Gladbek.** Sonntag, den 25. Sept., nachm. 4 Uhr bei Nortport (Christliches Gewerkschaftshaus).
- Hannu (Stadt).** Sonntag, den 25. Sept., vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Heitfeld.
- Hannu (Westen).** Sonntag, den 25. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Drees (Insel).
- Hannu-Westimmen.** Sonntag, den 25. Sept., vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Helm.
- Hannu-Werl.** Samstag, den 1. Okt., abends 8 Uhr, Versammlung bei Sauerland (Welfterort).
- Hannu-Swest.** Sonntag, den 25. Sept., vormittag 11 Uhr Versammlung bei Bracht.
- Hannover.** Sonnabend, den 24. September, Versammlung im Arbeiterheim am Markstall, Zimmer 1 u. 2.
- Horst-Emscher.** Sonntag, 25. Sept., vormittags 11 Uhr bei Döfing.
- Karlruhe.** Samstag, den 1. Oktober, abends 1/2 9 Uhr Versammlung in der Reiter. Seitfel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Samstag aus Mannheim.
- Wülheim-Strum.** Nächste Mitalliederverammlung Sonntag, den 25. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Lokale Beck. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gemütliche Unterhaltung, deshalb sind die Frauen freundlichst eingeladen.
- München.** Samstag, den 24. September, abends 8 Uhr im Wisnergarten, Schillerstr. 16. Versammlung mit Vortrag über „Werben und Wollen der deutschen Arbeiter sozialpolitisch.“ Referent: Kollege Brüdner.
- Reheim.** Sonntag, 25. Sept., nachm. 4 Uhr Arbeiterfest im Gefellenhause. Die Festrede hat unser Zentralvorsitzender Wieber abgenommen. Die Kollegen der Umgegend sind freundlichst eingeladen. Festkarten Preis 25 Pfg. sind im Festlokal zu haben.
- Neustadt.** Sonntag, den 25. Sept. 1910, Ausflug nach Mulsbach. Dort anschließend Versammlung bei Hofstätter. Abmarsch vom Strohmarkt punkt 2 Uhr. Die Kollegen werden ersucht vollständig zu erscheinen, auch die Kollegen der Jugendabteilung.
- Nürnberg.** Samstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Gefellenhospiz außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Lokalbeiträge und Lokalunterstützungen. Beschlüsse sind auch für nicht anwesende Mitglieder bindend. Beteiligung Ehrenpflicht.
- Ober.** Mittwoch, den 5. Okt., abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung, bei Herrn H. Voel. Beschlusfassung über Erhöhung der Lokalbeiträge und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Frauen sind willkommen.
- Reuscheid.** Sonntag, den 25. Sept., vorm. 11 Uhr bei Frey Domann.
- Siegburg.** Sonntag, den 25. Sept., vorm. 1/2 11 Uhr, Mitgliederverammlung im Restaurant Minoriten, wozu die Mitglieder dringend eingeladen sind.
- Siegen (am hohen Imiel).** Samstag, den 24. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag.
- Siegen.** Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 4 Uhr, Mitgliederverammlung, bei H. Demardt, Marburgertor 2. Vortrag des Kollegen Needer.
- Solingen.** Nächste Versammlung Samstag, den 24. Sept., abends 9 Uhr bei Borghoff (neben dem Rathaus).
- Schwab.-Gemd.** Sonntag, den 2. Okt. abends 6 Uhr im Rath. Vereinshaus 10 jähriges Gründungsfest, wozu die Kollegen mit ihren Familien geladen sind.
- Thale a. S.** Sonntag, den 25. Sept., abends 7 1/2 Uhr Mitgliederverammlung mit Vortrag im „Frauen Hirsch“.